Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk., durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk. durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld, durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 45 Pfg. im Reklameteil 60 Pfg. für Ziffernanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Telefon Nr. 324.

Nr. 276 — Freitag, den 5. Dezember 1919 — 46. Jahrg.

Demokratie, Schule und Universität.

Mit dem Wesen der Demokratie ist die Aufklärung untrennbar verbunden. Wir müssen der heranwachsenden Jugend unbedingt den Einblick in das demokratische Staatsgefüge zu erleichtern suchen. Das alte System hat bisher in Schule und Universität lediglich darauf gesehen, daß nur die damals noch allein selig machende Lehre vom alten Obrigkeitsstaat gepredigt wurde. Es hat nicht nur nicht Vertreter, die das Wesen der Demokratie lehren zu müssen glaubten, von den Lehrstühlen vertrieben, sondern es hat sogar Männer, wie den jüngst verstorbenen Dr. Arons, nicht als Lehrer geduldet, einfach aus dem Grunde, weil er anderer Anschauung war, als die damals herrschende, obwohl er als Physiker gar nicht in die Lage kam, seine Auffassung von der Universität aus zu verbreiten. Wir dürfen nicht in den Fehler des alten Systems verfallen und Männern der Wissenschaft das Recht, zu lehren, entziehen, weil sie nun vielleicht Monarchisten oder Deutschnationale sind. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Demokratie die politische Freiheit des einzelnen in keiner Weise antasten darf. Dagegen aber muß sich die Demokratie mit aller Entschiedenheit wehren, daß die Lehrer, ganz gleich, ob in Volksschule, Hochschule oder Universität, ihre Stellungen ausnutzen, um reine Parteipolitik zu treiben. Wir wollen von den Kindern jede Parteipolitik fernhalten, aber auch die Studenten sollen nicht von den Kathedern aus mit parteipolitischen Phrasen infiziert werden, die sich in ein wissenschaftliches Gewand hüllen. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, das Wesen der Demokratie wissenschaftlich nach allen Seiten durchleuchten zu lassen. Die Professoren, die sich mit solchen Fragen befassen, brauchen mit einer Kritik der Demokratie keineswegs zurückzuhalten, sie brauchen auch keine Angst zu haben und keinerlei Befürchtungen, daß ihnen deshalb irgend etwas geschieht. Es ist aber unmöglich, daß solche Zustände geduldet werden, wie sie sich jüngst auf der Universität Marburg zugetragen haben. Dort hat der Professor Träger in seinem Kolleg über die Grundlagen der Politik das Katheder dazu benutzt, nicht um etwa eine wissenschaftliche Kritik zu üben, sondern um reine Parteipolitik in einer Art zu treiben, wie sie von gewissen Parteien der Rechten in Volksversammlungen getrieben wird. Ein junger Demokrat hat sich auf dem Berliner Parteitage dagegen gewandt. Was ist die Folge? Der demokratische Student soll gemaßregelt werden. Und das ist geschehen im Jahre des Heils 1919 in Preußen. Wir fragen deshalb: Was gedenkt der Herr Kultusminister dagegen zu tun? Wie wir erfahren, wird eine Nachprüfung des gegen diesen Studenten durchgeführten Beschlusses gründlich vorgenommen werden. Wir fragen aber weiter: Was wird aus dem Professor, der in solch übler Weise seine Kollegs mit Agitationsversammlungen verwechselt? Hierauf muß eine klare Antwort gegeben werden.

Friedensfragen.

Die Stellungnahme der deutschen Regierung zur letzten Note Clemenceaus.

Wie wir von amtlicher Stelle erfahren, beabsichtigt die Reichsregierung, auf die letzte Note Clemenceaus nicht schriftlich zu antworten, weil sie eine gleiche Schärfe des Tones vermeiden will und durch mündliche Verhandlungen im Interesse unserer Kriegsgefangenen rascher zum Ziele zu kommen hofft. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat daher bereits neue Instruktionen erhalten, die Besprechungen mit der Entente, die Herr v. Simson abgebrochen hat, wieder aufzunehmen. Voraussichtlich werden in der nächsten Zeit auch neue Sachverständige nach Paris fahren.

Zur allgemeinen Beurteilung der Note Clemenceaus wird darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Vorwürfe bereits in der Note vom 1. November enthalten gewesen und damals schon von uns widerlegt sind. Die Entente hat am 29. August die Auslieferung unserer Kriegsgefangenen versprochen und hat die Zurücknahme dieses Versprechens abhängig gemacht davon, daß auf deutscher Seite

gegen den Waffenstillstandsvertrag verstoßen

werde. Darunter werden die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow und die Zerstörung der deutschen U-Boote gerechnet, beides Vorfälle, die längst vor dem 29. August geschehen waren, der Entente also bekannt waren, als sie die Zusage zur Herausgabe unserer Kriegsgefangenen machte. Und das Baltikum? Wir verzeichnen hier das Eingeständnis der Entente, daß ein „non liquet" vorliege, bis die Kommission ihren Spruch abgegeben hat. Daneben bleibt eigentlich nur der Vorwurf, daß Deutschland seine Verfassung immer noch nicht geändert habe. Dazu ist zu bemerken, daß wir nach der Unterzeichnung des in Paris angenommenen Protokolls erst 14 Tage nach der Ratifizierung des Friedensvertrages selbst verpflichtet sind, die in Paris bereits gutgeheißene Abschwächung des Artikels 61 der Reichsverfassung durch die Nationalversammlung vornehmen zu lassen. Auch hier hat also Deutschland alle seine Verpflichtungen bisher erfüllt. Und die Rückstände aus dem Waffenstillstandsvertrage sind gegenüber den riesenhaften Leistungen so gering, daß selbst die französische Regierung vor wenigen Wochen noch erklären mußte, sie gebe zu, daß

böser Wille auf unserer Seite nicht vorliege. Die

deutsche Regierung ist die erste gewesen, die den Friedensvertrag ratifiziert hat, und da uns vor allem mit dem Aufhören dieses Zustandes zwischen Krieg und Frieden gedient war,

hatte Herr v. Lersner bereits am 14. Oktober Vollmacht, zu unterzeichnen.

Daran ist durch die Abreise Simsons keine Veränderung eingetreten. Deutschland wäre jederzeit bereit, ein Protokoll zu unterzeichnen, das aufgebaut wäre auf dem Versailler Vertrag.

Deutschland sträubt sich nur gegen den Zwang, im letzten Augenblick unter dem moralischen Druck der Rücksicht auf unsere Kriegsgefangenen große volkswirtschaftliche Vermögen zu verschleudern und auch noch eine Formel in Kauf zu nehmen, die den Kriegszustand auf unsere Kosten verewigt.

Die deutsche Regierung hat schon bei früheren Gelegenheiten erklärt, daß sie sich den Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag keineswegs entziehen wollte, daß sie vielmehr nur die Entente aufmerksam gemacht hat auf die innerpolitischen Folgen, die aus der Auslieferung für uns entstehen könnten. Deshalb hat sie der Entente den Vorschlag gemacht, die „Schuldigen" vor deutsche Gerichte zu stellen unter Wahrung aller Rechte der Entente, um zu wenigstens die Schmach der Auslieferung zu verhindern. Weshalb die Entente auf diese Bitte nicht treten will, ist nicht einzusehen, wenn man nicht glauben will, daß sie auf der Auslieferung beharrt, um die Demütigung Deutschlands bis in die letzten Konsequenzen zu treiben.

Neueste Nachrichten.

Das Eintreffen deutscher Zivilgefangener aus Indien.

Rotterdam, 4. Dez. (T.-U.) Von Niederländisch-Indien sind 800—1000 deutsche Zivilgefangene im vorigen Monat in See gegangen. Diese werden etwa Mitte Dezember in Rotterdam eintreffen.

Übernahme der Eisenbahnen durch das Reich.

München, 4. Dez. (T.-U.) Am Donnerstag sollen in Berlin neue Beratungen darüber gepflogen werden, ob die deutschen Eisenbahnen durch das Reich schon am 1. April 1920 übernommen werden.

Die Entente verlangt die Steuerträge Deutschlands.

Genf, 4. Dez. (T.-U.) Der Pariser „Temps" meldet, daß eine Note der Entente an Deutschland über die Steuergesetzgebung bevorstehe. Die Note spricht den Vorbehalt der Alliierten für alle Steuererträge aus, die auf Grund von deutschen Steuergesetzen eingehen, welche nach dem Abschluß des Versailler Friedens zustande gekommen sind.

Schweden gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen.

Stockholm, 4. Dez. (T.-U.) Obwohl die entgegenkommende Haltung Frankreichs in der Ausandsfrage der hiesigen Presse eine gewisse Zurückhaltung auferlegt, nehmen doch mehrere Blätter Stellung gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen durch Frankreich. „Afton-Bladet" geißelt Frankreichs Verhalten als einen Triumph der Grausamkeit. „Nieuwe Dagligt" mahnt Frankreich, endlich seine Pflicht gegen die Menschlichkeit zu erfüllen.

Die Werftarbeiter für die Akkordarbeit.

Berlin, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Nachdem auf der der Hamburg-Amerika-Linie nahestehenden Werft und der Werft von Blohm und Voß die Werftarbeiter die Akkordarbeit wieder aufgenommen haben, haben, wie wir hören, auch die Arbeiter der Hamburg-Amerika-Linie sich entschlossen, wieder im Akkord zu arbeiten.

Nunmehr haben sich die Belegschaften sämtlicher Hamburger Großwerften, mit erheblicher Mehrheit für die Wiedereinführung der Akkordarbeit entschieden. Auch auf der Kortenwerft in Lübeck ist die Akkordarbeit eingeführt worden.

Die Arbeitsaufnahme in Bitterfeld.

Bitterfeld, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Auf den Werken in Bitterfeld haben durchschnittlich 85 Prozent die Arbeit wieder aufgenommen. Heute nachmittag erfolgt die Abstimmung darüber, ob morgen die Arbeit wieder in vollem Umfange aufgenommen wird.

Wilson zur Friedensfrage.

Rotterdam, 4. Dez. (T.-U.) Aus Washington wird gemeldet: Präsident Wilson sandte an den amerikanischen Senat eine Botschaft, in der er empfiehlt, den Friedensvertrag getrennt vom Völkerbund zu besprechen.

Gegen einen französischen Pazifisten.

Darmstadt, 4. Dez. Als der Franzose Colin gestern abend hier einen Vortrag halten wollte über „Pazifismus", wurde er durch zahlreiche Besucher durch Zurufe, wie „Nieder!" usw., daran gehindert, so daß er vorzeitig abbrechen und das Lokal verlassen mußte. Nur durch starkes Schutzmannsaufgebot konnte die Ruhe aufrechterhalten und weitere Mißhelligkeiten verhütet werden.

Französische Absichten in München.

Wien, 4. Dez. Wie in hiesigen Ententekreisen verlautet, ist die Wiedererrichtung der französischen Gesandtschaft in München eine beschlossene Sache. Man bringt dies in Zusammenhang mit den französischen Bestrebungen zur Errichtung eines von Norddeutschland getrennten Mittel- und süddeutschen Staates.

Alkoholverbote für die Reichswehr.

Berlin, 4. Dez. Der Reichswehrminister hat eine Verfügung über den Mißbrauch des Alkohols in der Reichswehr erlassen. Als Mittel zur Bekämpfung werden in der Verfügung genannt: in erster Linie das Beispiel aller Vorgesetzten, dann das Verbot, an Reichswehrangehörige, die sich einem verantwortungsreichen Dienst unterziehen sollen, Alkohol zu verabreichen, und endlich das Verbot, den Bestrebungen zur Bekämpfung des Alkoholismus entgegenzutreten.

Besprechungen in Wien.

Wien, 4. Dez. (Korr.-Büro.) Heute vormittag hat die angekündigte Aussprache der Gesandten von Frankreich, England, den Vereinigten Staaten, Italien und zweier Vertreter Japans mit Vertretern der Staatsregierung stattgefunden.

Fortdauer des Generalstreiks in Rom.

Rom, 4. Dez. (T.-U.) Obwohl Nitto wegen der Mißhandlung mehrerer sozialistischer Abgeordneter durch die Polizei die Erklärung abgab, daß die Untersuchung eingeleitet sei, dauert der Generalstreik fort. Alle Läden sind geschlossen und der Verkehr ist eingestellt.

Wahlniederlage der Sozialdemokraten in Norwegen.

Kopenhagen, 4. Dez. (Priv.-Tel.) „Nationaltidende" meldet aus Christiania: Bei den gestern in allen Städten Norwegens vorgenommenen städtischen Wahlen haben die Sozialdemokraten eine schwere Niederlage erlitten. In der Stadtverordneten-Versammlung in Christiania gerieten die Sozialdemokraten in die Minderheit, sie haben im ganzen 33 Mandate verloren.

Die Entente verlangt die Auflösung der Sicherheitspolizei, der Zeitfreiwilligen und der Einwohnerwehren.

Dem deutschen Vertreter in Paris ist folgende Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 1. Dezember zugegangen:

Alle bis heute eingegangenen Nachrichten besagen übereinstimmend, daß die deutsche Regierung seit einiger Zeit die Entwickelung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet und verwirklicht. Außer der Reichswehr werden unter dem Namen

Sicherheitspolizei

stehende Streitkräfte geschaffen, die sämtlich Kennzeichen und den Wert ausgewählter militärischer Streitkräfte haben. Diese Streitkräfte werden von Stäben befehligt und verwaltet, die aus militärischem Personal zusammengesetzt sind. Diese Formationen haben sowohl, obschon sie dem Ministerium des Innern unterstellt sind, einen Charakter, der ihrer angeblichen Bestimmung als Polizei widerspricht. Ihre Aufstellung verstößt gegen Artikel 162 des Vertrages. Außerdem besitzt Deutschland unter dem Namen

Zeitfreiwillige und Einwohnerwehr

Reserven, die Kontrollversammlungen und militärischen Übungen unterworfen und mit Waffen- und Munitionslagern versehen sind. Diese Organisationen stehen mit der Gesamtheit der militärischen Bestimmungen und namentlich mit Artikel 178 des Vertrages in Widerspruch. Die alliierten und assoziierten Regierungen machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß die dem Geist und dem Wortlaut des Vertrages zuwiderlaufenden Maßnahmen als eine Absicht der deutschen Regierung, den Vertrag nicht auszuführen, ausgelegt werden kann. Sie fordern infolgedessen die deutsche Regierung auf, die vorgezeichneten Maßnahmen unverzüglich aufzuheben, jedenfalls aber so, daß mit der Inkraftsetzung des Vertrages die sogenannten Polizeitruppen auf die im Vertrag vorgesehene Stärke herabgemindert werden, eine ihrem Charakter als Orts- und Gemeindepolizei entsprechende Verfassung erhalten und die Stäbe, die über die im Vertrage vorgesehene Zahl hinaus geschaffen sind, sowie die Reserveorganisationen aufgelöst werden. — Genehmigen Sie usw. ....

Zu der Notiz bemerkt das W. T. B.: Es ist nicht zutreffend, daß die deutsche Regierung eine Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet. Im Gegenteil ist die Verminderung der Heeresstärke auf das im Artikel 163 des Friedensvertrages zunächst vorgesehene Maß von 200 000 Mann, wie allgemein bekannt, in vollem Gange. Daß die Zentralpolizeibehörden der einzelnen Länder sich im Laufe des Jahres angesichts der bedrohlichen inneren Verhältnisse genötigt gesehen haben, durch Einführung von Sicherheitspolizei, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen besondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen, ist nicht nur ständig Gegenstand der öffentlichen Erörterung, sondern auch der Entente bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden. Zu der von deutscher Seite angeregten Besprechung der Einzelfragen ist es bisher zum Bedauern der deutschen Regierung nicht gekommen. Die Frage, inwieweit die getroffenen Einrichtungen mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehen, was nach deutscher Auffassung nicht der Fall ist, wird jedenfalls nach Einsetzung der im Friedensvertrag vorgesehenen Kontrollkommission gemäß den Vorschriften des Vertrages klarzustellen sein. Es wäre nur erwünscht, wenn die Besprechungen darüber schon frühzeitig stattfänden.

Eine Note der Entente in der Scapa Flow-Angelegenheit.

Basel, 4. Dez. Der Oberste Rat wird heute der deutschen Regierung eine Note übermitteln in bezug auf die Verantwortlichkeit für die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow. Man glaubt, daß die Note keinerlei Konzessionen enthalte und namentlich auf der Herausgabe der 400 000 Tonnen Schiffsraum bestehe.

Die Ausplünderungskommission.

„Daily Herald" meldet, daß die Ententekommission zur Kontrolle der deutschen Finanz- und Steuerwirtschaft zurzeit in Paris zusammengestellt wird. „Westminster Gazette" meldet, daß in Zukunft die Entente auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages den Vorrang bei der Erfassung aller neuen Steuererträgnisse Deutschlands für sich in Anspruch nehmen würde.

Eine Note der Entente über Eupen und Malmedy.

Aus Berlin wird berichtet: Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles ist am 12. November eine Note zugegangen, deren Veröffentlichung sich verzögerte, weil der Text zunächst verstümmelt hierher übermittelt war. Darin heißt es u. a. über die Auffassung der Alliierten von Artikel 34 des Versailler Vertrages: Es ist nicht die Absicht der a. und a. Mächte gewesen, in Eupen und Malmedy eine Volksabstimmung zu veranstalten entsprechend denen, die für Oberschlesien oder für Schleswig vorgesehen sind, sondern den Bewohnern der in Frage kommenden Kreise, die etwa den Wunsch haben sollten, daß ihr Heimatgebiet unter deutscher Herrschaft verbleibe, zu gestatten, ihrem Wunsche freien Ausdruck zu geben.

Hierzu ist zu bemerken: In der Note der deutschen Regierung war ausdrücklich auf die mannigfachen Lücken und Unklarheiten des im Artikel 34 des Friedensvertrages vorgesehenen Abstimmungsverfahrens hingewiesen worden. Aber so sehr alle diese Mängel am Tage liegen, die a. und a. Regierungen begnügen sich mit der Bemerkung, daß die Lösung dieser Fragen Sache der Belgier sei. Die sehr eingehenden deutschen Klagen über den Terrorismus, der von den Belgiern in den Kreisen Eupen und Malmedy geübt wird, übergehen sie mit Stillschweigen, obwohl sie einst versichert haben, bei der Abstimmung in den beiden Kreisen werde alles frei und unbeeinflußt vonstatten gehen. Nur auf einen Punkt geht die Antwortnote näher ein. Die Alliierten hatten im Juli erklärt, die Abstimmung werde unter Leitung des Völkerbundes stattfinden. In der deutschen Note vom 3. Oktober waren sie hieran erinnert worden, jetzt erklären sie, daß der Völkerbund erst nach der Abstimmung, deren Durchführung ganz und gar den Belgiern überlassen bleiben soll, in Aktion treten werde.

Es sind noch Kriegsgefangene in England.

Berlin, 4. Dez. Es bestätigt sich, daß auch zwei Kriegsgefangenenlager in England noch nicht geräumt sind, obwohl dort weder Flieger noch Bombenwerfer untergebracht sind. Die deutsche Regierung hat daher an die englische eine Anfrage gerichtet, aus welchen Gründen die Heimsendung der Gefangenen verzögert ist, doch ist eine Antwort darauf noch nicht eingegangen.

Veröffentlichung der Deutschen Dokumente über den Kriegsausbruch.

Berlin, 4. Dez. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, werden die deutschen Dokumente über den Kriegsausbruch am 10. Dezember erscheinen.

Französische Kolonialsoldaten als Mädchenmörder im Saargebiet.

Berlin, 4. Dez. Von einem aus dem besetzten Gebiet zurückgekehrten Angehörigen der Reichswehr wird den „B. Z. A." mitgeteilt: In Saarbrücken wurden beim Verkauf eines Dunghaufens an der sogenannten Joffrekaserne, wo französische Kolonialtruppen unter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191205-18/fragment/page=0001

gebracht sind, vier Leichen junger Mädchen gefunden. In Saarbrücken und Umgebung werden im ganzen acht junge Mädchen vermißt, die wohl auf gleiche Weise ein Opfer der bestialischen Roheit der französischen Kolonialtruppen geworden sind. In der Presse des besetzten Gebietes dürfen natürlich solche Nachrichten nicht verbreitet werden.

Die Abtrennungsbestrebungen in Kehl.

Kehl, 4. Dez. Die Bestrebungen für einen Anschluß des Brückenkopfes Kehl an Frankreich sind in den letzten Wochen heftiger geworden. Die in Kehl gegründete Vereinigung, die den Anschlußgedanken vertritt, versucht, in den Ortschaften des besetzten Gebietes in Versammlungen Propaganda für ihre Ziele zu machen. Die französischen Verwaltungskreise behaupten, der Brückenkopf sei unbedingt zum Schutze Straßburgs nötig.

Zur Lage im Reiche.

Das Ende des Bitterfelder Streiks.

Halle, 3. Dez. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen der paritätischen Kommission in Bitterfeld zum Abschluß gelangt. Am 8 Punkte umfassendes Protokoll wurde von 46 der 50 Betriebsräte angenommen. Danach werden 3—4 Arbeiterführer, darunter Haar, wieder eingestellt. Die Einstellung weiterer Führer unterliegt einem Schiedsspruch. Der für den Ausfall gezahlte Lohn wird wieder abgezogen. Die Streiklage werden nicht bezahlt. Der militärische Beschlußhaber wird nach Beschluß der Arbeitsaufnahme den Reichswehrminister die Einstellung der militärischen Maßnahmen empfehlen. Morgen wird zum Teil die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Massenaustritt aus dem Metallarbeiterverband.

Berlin, 4. Dez. Infolge des zusammengebrochenen Metallarbeiterstreiks haben 11 730 Metallarbeiter der Provinz Brandenburg ihren Austritt aus dem Metallarbeiterverbande angezeigt.

Mackensen in Berlin.

Aus Berlin wird berichtet: Generalfeldmarschall v. Mackensen traf am Mittwoch vormittag von Kassel kommend, kurz nach 10 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof ein, wo er von den Spitzen der Militär- und Zivilbehörden empfangen wurde. U. a. waren erschienen General v. Lüttwitz, General v. Seeckt, ferner die Generäle v. Falkenhayn, v. Bülow und Maercker, die Vereine ehemaliger Leibhusaren mit ihren Fahnen. Eine Ehrenkompagnie hatte auf dem Bahnhof Aufstellung genommen. Als der Feldmarschall den Salonwagen verlassen hatte, begrüßte er zunächst seine Gattin und seine Tochter, sowie General v. Seeckt. Mackensen, der die Uniform der Leibhusaren mit den Abzeichen eines Generalfeldmarschalls trug, wurde von der Menge, die den Bahnsteig einsäumte, auf das herzlichste begrüßt und konnte nur mit größter Mühe die Front der Ehrenkompagnie abschreiten. Die weitere Begrüßung des Feldmarschalls fand in den Empfangsräumen des Bahnhofs statt. Auf eine Ansprache erwiderte hier der Feldmarschall: „Es ist mir vergönnt gewesen, meine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber meinem Kaiser und König, gegenüber Volk und Vaterland zu erfüllen. Dieses Gefühl kann mir nichts rauben. Es bringt mich über alles hinweg, auch über dieses letzte Jahr und seine Erlebnisse. Und wenn wir daran festhalten an dem Gefühl, unter allen Umständen unsere Pflicht tun zu müssen, dann wird es auch mit uns wieder aufwärts gehen in Deutschland. Während des Frühstücks, das der Feldmarschall im Wartesaal einnahm, erschien auch General Ludendorff zu einer kurzen Begrüßung. — Nachmittags reiste dann der Feldmarschall vom Stettiner Bahnhof nach Pommern ab.

Mackensen in Stettin.

Stettin, 4. Dez. Um 8 Uhr abends traf der Feldmarschall Mackensen in seinem Salonwagen auf dem hiesigen Bahnhof ein. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge begrüßte den Feldmarschall. Verschiedene Vereine waren mit ihren Fahnen erschienen. Die Spitzen der staatlichen, städtischen und geistlichen Behörden hatten Vertreter entsandt. Nachts 12 Uhr setzte der Feldmarschall seine Reise nach Groß-Jannowitz fort.

Ostpreußen durch Reichswehrtruppen geschützt.

Berlin, 4. Dez. Nach Osterreußen sind Formationen der Reichswehr abgegangen, um die dortigen Einwohnerschaften zur Fernhaltung von Ausschreitungen beim Rückzuge der Deutschen aus dem Baltikum zu unterstützen. Die Truppen der Eisernen Division werden nach Tunlichkeit bereits in Ostpreußen demobilisiert. Der Abtransport des Detachements Plehwe und anderer Teile der Baltikumtruppen, die bei Bajohren, Kreis Memel, die Grenze überschritten hatten, geht so rasch vonstatten, wie es der Mangel an rollendem Material zuläßt. Am 1. Dezember wurde eine deutsche Devotkompagnie, eine russische Pionierkompagnie und einige Artilleriekolonnen verladen, sowie etwa 40 Angehörige der Eisernen Division. Die „Deutsche Tageszeitung" meldet: Die Leiten sind über die litauische Grenze vorgegangen und haben dadurch gegen die gemachten Vereinbarungen verstoßen. Insolgedessen ist eine Note an die interalliierte Kommission gerichtet worden.

Eine große Besoldungsreform.

Der Reichsfinanzminister Erzberger hat am Mittwoch in der Nationalversammlung angekündigt, daß die Regierung eine gründliche Besoldungsreform für alle Reichsbeamten plane. Wie wir ergänzend dazu erfahren, soll die Vorlage bereits im Februar der Nationalversammlung zugehen, so daß sie mit ihren neuen Sätzen schon am 1. April in Kraft treten kann.

Der Metallarbeiterverband zahlt bei Streiks keine Unterstützungen mehr.

Aus einer Funktionär-Versammlung des Metallarbeiterverbandes in Dresden teilt das „Berl. Tageblatt" mit, daß bis vor kurzem in 28 Orten rund 225000 Mitglieder, streikten und daß diese Streiks wöchentlich allein 5650000 M kosteten. Die Durchführung weiterer Lohnbewegungen vermöchteß Mitgliedsleistungen könne nicht mehr erfolgen. Bei weiteren Lohnbewegungen müsse darauf gesehen werden, daß sie möglichst auf dem Verhandlungswege durchgeführt werden. Bei nichtordnungsmäßiger Durchführung der Lohnbewegungen werde die Unterstützung entzogen werden.

Politische Übersicht.

Eine Botschaft Wilsons.

Washington, 3. Dez. (Reuter.) Präsident Wilson erklärte im Kongreß, daß der Friedensvertrag später in einer besonderen Botschaft besprochen werden wird. Er gibt allgemeine Ratschläge für die jetzigen Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Preise, der unruhigen Stimmung der Arbeiterwelt und des Bolschismus, sowie zur Zurückführung des Lebens der Nation auf Friedensgrundlage. Außerdem empfiehlt Wilson eine Neuregelung der Bälle. Zum Schluß richtet Wilson an alle diejenigen, die die Reformen durch Unordnung und Revolution zu stören suchen, ein Wort ernster Warnung.

Deutschland.

— Der Reichsschulausschuß hat Dienstag und Mittwoch die Berichte und Vorschläge seiner Unterausschüsse besprochen. Über die Durchführung des Artikels 146, 2 der Verfassung, soll im Reichsministerium des Innern gegebenenfalls unter Heranziehung eines Unterausschusses weiter beraten werden. Über Grundschule und Lehrerbildung wurde volles Einverständnis erzielt. Zur Reichsschulkonferenz wurden Zeitpunkt, Programm und Zusammensetzung vereinbart, sie soll Ostern nächsten Jahres in Berlin stattfinden. Die nächste Sitzung des Reichsschulausschusses ist für Januar u. J. in Aussicht genommen.

— Erkrankung Dr. Friedbergs. Der Führer der Demokraten in der preußischen Landesversammlung Dr. Friedberg erlitt am Dienstag in der Landesversammlung einen Schwächeanfall. Der greise Parlamentarier erholte sich zwar unter der Assistenz der Ärzte, wurde aber auf Wunsch seiner Tochter, der Frau Abgeordnete Garnich, in seine Wohnung verbracht. Gefahr für den 68jährigen Parlamentarier besteht nicht direkt, doch wird er sich zunächst Schonung auferlegen müssen.

Merseburg und Umgegend.

4. Dezember.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** Die Zeichnungen auf die Spar-Prämienanleihe bei der städtischen Sparkasse. Infolge der Verkehrsüberwe war es den auswärtigen Stellen in Berlin nicht möglich, den Zeichnungsstellen das erforderliche Material rechtzeitig zu übermitteln (z. B. erhielt die städtische Sparkasse das Material erst am 3. Dezember 1919). Aus diesem Grunde ist die Zeichnungsfrist bis Mittwoch den 10. Dezember 1919, mittags 1 Uhr verlängert worden. Bei der städtischen Sparkasse sind bisher 510000 Mark zur Spar-Prämienanleihe gezeichnet. Wir weisen darauf hin, daß Sparbeträge in jeder Höhe zwecks Berechnung auf die Anleihe der Kündigung nicht unterliegen.

** Zulagen zu Verletztenrenten. Monatlich 20 Mark. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung über die Gewährung von Zulagen zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung. Danach wird Verletzten, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung eine Rente von zwei Dritteln oder mehr der Vollrente beziehen, für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1920 auf Antrag eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage zu ihrer Rente gewährt, wenn sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten, und wenn nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird. Da solche alle für Verletzte, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung mehrere Renten von je weniger als zwei Dritteln der Vollrente beziehen, wenn die Hundertsätze ihrer Rente zusammen mindestens die Zahl 66⅔ ergeben. Die Zulage beträgt monatlich 20 Mark.

** Eine Erhöhung der Kohlenpreise um 7,50 M je Tonne ohne Steuer mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. ist vom Reichswirtschaftsministerium ausgestanden worden. Der Mehrpreis soll lediglich dazu benutzt werden, die während der Kriegsjahre stark abgewirtschafteten Gruben wieder instandzusetzen, um so nach Möglichkeit zu einer Steigerung der Produktion zu kommen. Der Reichskohlenverband hatte eine Preiserhöhung um 20 M je Tonne beantragt. Das Reichswirtschaftsministerium hat erklärt, diesem Antrag nicht folgen zu können, da er zurzeit eine zu schwere Belastung unseres Wirtschaftslebens darstelle.

** Einsicht der Beamten in die Personalakten. Aus dem Sitzungsbericht der Preußischen Landesversammlung heben wir besonders hervor: Auf eine Anfrage, ob die Regierung den Art. 129 der Reichsverfassung „Dem Beamten ist Einsicht in seine Personalnachweise zu gewähren", auch so eng auslege wie verschiedene Staatsbehörden, die den Beamten nur die Einsicht in den Akten vorgelegten Personalbogen, aber nicht in die Akten selbst gestatten, erklärt der Regierungsvertreter: Auch nach Ansicht der Regierung darf nicht blos die Einsicht in die Bogen, sondern muß auch in die Akten selbst gewährt werden, soweit letztere noch nicht geschlossen sind.

** Der Viehdiebstahl bei dem Landwirt Jentzsch in den Amtshäusern hier in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hat zum Teil seine völlige Aufklärung gefunden. Die polizeilichen Nachforschungen führten zu Verhaftungen von drei verbrecherischen Arbeitern in Merseburg. Bei ihnen wurde sämtliches Vieh — drei Ziegen, Hühner und Kaninchen — schon räuberlich hergerichtet und eingeweckt vorgefunden und das Fleisch dem geschädigten Besitzer zurückerstattet. Mit dem vorgefundenen Fleischmaus ist es also nichts geworden. Wer als Dieb oder Hehler in Betracht kommt, werden erst die weiteren polizeilichen Ermittelungen ergeben.

** Der Männer-Turnverein hielt am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung ab, die zahlreich besucht war. Eine Aussprache über Vereinigung von Turnen und Sport zeigte das Resultat, daß der Verein gegen jede Verbindung mit Fußballvereinen ist und daß bei Alt und Jung eine solche Anregung keine Gegenliebe fand. Man sprach aber den Wunsch aus, mit den Sportvereinen in freundschaftlicher Weise in Verbindung zu bleiben oder zu treten. Die Erhöhung der Vereinsbeiträge, die am 1. Januar eintreten soll, fand einstimmige Annahme. Desgleichen wurden die neuen Satzungen und die neuen Geschäftsordnungen ohne Debatte einstimmig angenommen, worin die Satzungskommission für die mühevolle Arbeit Anerkennung und Dank erblicken kann. Alle weiteren Punkte der Tagesordnung und sonstigen Anregungen, die aus den Reihen der Mitglieder kamen, fanden glatte Erledigung. Pünktlich ½11 Uhr konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß mit den neuen Vereinssatzungen auch neues Leben in den Verein kommen möge und, wie vor dem Kriege, die Mitwirkung aller in den verschiedenen Vereinssparten einsetzen möge.

** Der Kaninchenzüchter-Verein Merseburg und Umgegend (E. V.) hat nach der im heutigen „Merseburger Korrespondent" erscheinenden Bekanntmachung für Freitag abend eine Mitgliederversammlung in der „Funkenburg" angesetzt. Auf der Tagesordnung stehen Ausstellungsangelegenheiten und Beschlußfassung über die Verteilung der dem Verein überwiesenen Kleie. Züchter, die dem Verein noch fernstehen und sich an der vom 4. bis 6. Januar 1920 stattfindenden Ausstellung beteiligen möchten, müssen sich schon jetzt zum Beitritt melden. Die Ausstellung wird in größerem Rahmen als bisher stattfinden, da die dem Kreisverbande Merseburg-Querfurt angehörigen Vereine zugelassen sind. Der Neumverbältnitz sagen ist diesmal die „Funkenburg" als Ausstellungslokal gewählt worden. Die Ausstellungsleitung, der jetzt schon eine Anzahl Ehrenpreise zur Verfügung stehen, ist bemüht, etwas Großzügiges zu schaffen.

** Die Vorlesestunde im „Herzog Christian", die jeden Montag von 4½—5 Uhr nachmittags stattfindet, erfreut sich einer regen Beteiligung. Am letzten Sonntag hat Oberlehrer Kaminski vorgelesen aus Dietrich Speckmann, Heidjars Heimkehr; Wilhelm Busche, Der Mensch der Vorzeit; H. Schmöltzl, Die Leute von Kluckenhof; Gedichte von Anzengruber, Hebbel, H. Hart, Schiller. An der Vorlesestunde am nächsten Sonntag ist wieder jedermann herzlich willkommen.

** 57. Bildungsabend. Montag den 15. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Schloßgartensalon der 57. Bildungsabend statt. Pfarrer Balthasar-Ammendorf veranstaltet einen musikalischen Abend: Weihnachten im deutschen Liede unter Mitwirkung von Halleschen Künstlern. Dieser Liederabend, der Gesangsvorträge aus der klassischen Weihnachtsmusik vom 16. Jahrhundert an bietet, wird ohne Zweifel wieder sehr stark besucht werden. Karten zu 1 M und 50 ₰ sind jetzt schon im „Herzog Christian" zu haben.

— Nächsten Montag den 8. Dezember hält auf dem Bildungsabend im „Herzog Christian" Dr. Bahn-Halle a. S. seinen letzten Vortrag aus dem Gebiete der Anatomie: Entwicklungsgeschichte (Embryologie) des Menschen. Wir weisen auf diesen Vortrag ganz besonders hin.

** „Die Rutschbahn". Freitag geht zum ersten Male der lustige Schwank „Die Rutschbahn" von Gordon und Göz in Szene. Es kann vorausgesagt werden, daß es einer der tollsten Schwänke ist, die je geschrieben sind, wo man mal herzlich lachen und die Sorgen des Alltags vergessen kann.

*

Aus Merseburgs Vergangenheit.

Die „Leipziger Illustrierte Zeitung" vom 13. November 1919 bringt ein Bild vom Merseburger Schloß und schreibt dazu: „Zur Tausendjahrfeier der Stadt Merseburg: Hofansicht des Merseburger Schlosses. Dieser preußische Regierungshauptstadt Merseburg in der Provinz Sachsen begeht diesen Winter das 1000jährige Jubiläum des Bestehens. Merseburg wurde von den Karolingern gegründet, war im Mittelalter Sitz der Bischöfe von Merseburg und im 10. und 11. Jahrhundert Lieblingsaufenthalt mehrerer deutscher Kaiser." Gewiß ist es erfreulich, daß die „Illustrierte Zeitung" an unser liebes Merseburg gedacht hat, aber es ist ihr dabei ein arges Stückchen passiert. Zunächst hat sie ein altes Bild vom Merseburger Schloßhof zu Erscheinung treten lassen. So sieht es dort jetzt zur Zeit der Tausendjahrfeier nicht mehr aus. Die Kanonen aus dem Krieg von 1870/71, die wirklich in dies derbliche Stück Mittelalter nicht hineingehörten, sind verschwunden. Der interessante Geschichtsstundige läßt Merseburg von den Karolingern gegründet sein; er kennt aus solchen. Die Karolinger waren in Deutschland schon im Jahre 911 erloschen, wie konnten sie vor 1000 Jahren Merseburg gegründet haben. In Merseburg weiß jedes Kind, daß Merseburg von dem 919—936 regierenden Kaiser Heinrich I. gegründet worden ist und weil Kaiser Heinrich der Städtegründer vor 1000 Jahren den Thron besteig, haben wir Tausendjahrfeier.

Vor 900 Jahren, am 1. Dezember 1019, starb der seit 1009 regierende Bischof Thietmar von Merseburg, Graf von Walbeck, der am 18. Mai 1015 den Grundstein zum Merseburger Dom legte. In hohen Ehren stand er bei dem oft in Merseburg weilenden Heinrich II. und der frommen Kaiserin Kunigunde. Bischof Thietmar taufte in seinem Dom in der Bischofskapelle vor dem St. Stephansaltar an der Ostseite. Dort ist noch heute sein Grabstein vorhanden, die Inschrift ist aber nur noch zum Teil lesbar. Über ihn wird demnächst Lehrer Reuschert im Merseburger Heimatkunde-Verein einen Vortrag halten, daher bringe ich jetzt nur diese kurze Notiz. Zum Gedächtnis an den Bischof Thietmar heißt die von der Kanzlistedter Straße beim „Deutschen Hofe" westlich abzweigende Straße die „Thietmarstraße". Und siehe, da ist gleich dabei auch die „Brotuffstraße", so daß die beiden Merseburger Chronisten Bischof Thietmar und der St. Petrikloster-Vogt Bürgermeister Ernst Brotuff mit den nach ihnen in Merseburg benannten Straßen Nachbarn sind. In der Bischofskapelle im Merseburger Dom ordenten wir an seinem Grab des vor 900 Jahren heimgegangenen Bischofs Thietmar.

Schwickert.

Prämienanleihe.

Infolge der Verlängerung der Zeichnungsfrist bis zum 10. Dezember ist der Termin für die volle Begleichung der den Zeichnern zugefallenen Beträge ebenfalls hinausgeschoben worden, und zwar bis zum 8. Januar 1920. Obschon der Zinslauf der Spar-Prämienanleihe 1919 ab 1. Januar 1920 beginnt, bedarf es einer Zinsvergütung seitens der Zeichner für die zugeteilten Stücke nicht, wenn die Vollzahlung bis zum 8. Januar 1920 erfolgt. Für Zahlungen, die nach dem 8. Januar erfolgen sollten, sind 5 Prozent Zinsen ab 1. Januar 1920 bis zum Zahlungstage zu vergüten. Die Begleichung ist bei der Annahmestelle zu bewirken. Wenn auch der Betrag von 5 Milliarden, den die Anleihe 1919 bringen soll, nur gering ist im Verhältnis zur Summe unserer schwebenden Schulden, so kommt doch einem solchen Erfolge eine außerordentliche Bedeutung zu. Wird diese voll oder überzeichnet, so ist der Beweis erbracht, daß das deutsche Volk noch an seine Zukunft glaubt. Ein solcher Beweis deutschen Selbstvertrauens wird wesentlich dazu beitragen, das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland wieder erstarken zu lassen.

*

Haaß-Berkow-Spiele in der Kirche.

Aus Halle kommt die Nachricht, daß auf Wunsch der neudeutschen Jugend der Gemeindekirchenrat der Paulusgemeinde für Sonntag den 21. Dezember der Haaß-Berkow-Truppe die Paulauskirche überlassen hat, damit sie dort das „Christgeburtsspiel" zur Aufführung bringe. Diese Nachricht wird bei einem Teile der Kirchenfreunde peinliches Bedenken und sorgenvolles Kopfschütteln erregen, während andere einen solchen Schritt freudig begrüßen werden. In der Tat verlangt man von einer Volkskirche — und das will ja doch unsere evangelische Kirche sein oder zum mindesten werden —, daß sie aus den althergebrachten und vorgeschriebenen Formen, die zuweilen recht eng und fesselnd sind, herausgehe und den Bedürfnissen der Zeit Rechnung trage. Unsere Zeit hat den Wunsch, nicht bloß in Lied und Predigt Gottesdienst zu feiern, sondern sie will die Kirchentüren geöffnet wissen für alles Schöne und Edle, was die verschiedenen Zweige der Kunst hervorgebracht haben, damit auch das dem Gottesdienste nutzbar gemacht werde. Die Schöpfer großer Kunstwerke, Maler, Musiker, Dichter, sind Träger göttlicher Offenbarungen. Wer sich in die Malereien eines Grünewald, Dürer, Rembrandt oder Hals, in die Tonschöpfungen von Bach, Händel oder Beethoven, in Goethes „Faust" vertieft, der fühlt, das ist Geist aus einer anderen Welt. Zu solchen Kunstwerken gehören auch viele der mittelalterlichen Spiele, von denen wir ja im vergangenen Sommer durch Haaß-Berkow eine köstliche Probe erhalten haben. Es ist Volkskunst edelster Art, wohl geeignet, auf Herz und Gewissen zu wirken und eine echt religiöse Weihestunde zu bereiten. Dabei ist es eigentlich gar nichts Neues, was in der Pauluskirche in Halle verbracht wird. Diese Spiele wurden im Mittelalter in den Kirchen zu gewissen Festzeiten aufgeführt. Es gab Propheten-, Marien-, Advents-, Epiphanias- und Passionsspiele, die Osterspiele waren die beliebtesten. Möge man ihnen auch heute wieder Eingang in unseren Gotteshäusern verschaffen. Jetzt hat unsere evangelische Kirche wirklich Gelegenheit, zu zeigen, daß sie nicht, wie man ihr so oft vorwirft, ein Hort der Rückständigkeit ist, sondern daß sie erkennt, was unsere Zeit braucht und was sie verlangt: eine volkstümliche Kirche.

Gubler.

*

Aus der Stadtverwaltung.

Der Magistrat unterbreitet nachfolgende Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung:

Erhöhung der Steuern und Fehlbetrag von 304 500 M im Haushalt 1919.

Zur Deckung des für das Rechnungsjahr 1919 voraussichtlich eintretenden Fehlbetrages von 304 500 M werden die Steuerzuschläge mit Wirkung vom 1. Oktober an wie folgt erhöht:

die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer um 135 Prozent;

die Gewerbesteuer um 135 Prozent;

die Grund- und Gebäudesteuer um 135 Prozent = 1,9 vom Tausend des gemeinen Wertes;

die Betriebssteuer um 70 Prozent.

Begründung: Bei Aufstellung des Haushaltsplanes für 1919 war nicht vorauszusehen, daß die Preise auf allen Gebieten und die Löhne so außerordentlich steigen würden, wie dies geschehen ist, und daß die Beamten und Angestellten derartige Teuerungszulagen und Beschaffungsbeihilfen gezahlt werden mußten, wie dies, nach Vorgang des Staates auch geschehen ist und wie es in geringerem Umfange nicht geschehen konnte, wenn man nicht die Beamten der größten Notlage ausliefern wollte. Um die Steuersätze nicht allzu hoch werden zu lassen, sind die zu erwartenden Mehrbeträge der Einkommensteuer seinerzeit ziemlich voll eingesetzt worden, so daß mit nennenswerten Mehreingängen nicht mehr zu rechnen ist. Es hat dies auch der bisherige Steuereingang bewiesen. Die inzwischen neu eingeführte bezw. in ihren Sätzen erhöhte Schlachtviehsteuer und Pflastersteuer wird zwar einen Mehrertrag von 100 000 M bringen und auch die Umsatzsteuer wird um 16 000 M höher sein. Wenn man den voraussichtlichen Mehrertrag an Gemeindeeinkommensteuer ebenfalls noch mit 100 000 M einsetzt, so gibt dies eine Mehreinnahme gegenüber den haushaltsplanmäßigen Ansätzen von 216 000 M.

Diesen Mehreinnahmen von 216 000 M stehen eine große Anzahl von Mehrausgaben gegenüber, die teilweise schon durch Stadtverordnetenbeschluß genehmigt sind, so daß durch sie allein schon ein Mehrbedarf gegenüber dem haushaltsplanmäßigen Ansatz von 425 125,19 M durch Gemeindebeschluß festgesetzt ist.

Dazu treten die Zinsen für vorübergehend aufzunehmende Kapitalien mit rund 20 000 M, weil die Stadt große Summen vorübergehend hat aufnehmen müssen, um die nötigen Zahlungen schon für die Staats- und Kreissteuer, als auch für rein städtische Zwecke zu leisten. Für noch zu erwartenden Mehrbedarf bis zum Jahresschluß und für Überschreitungen ist noch die Summe von 66 374,81 M eingesetzt, eine Zahl, die sich rechnungsmäßig dadurch ergibt, daß sie den Restbestand aus dem Steuererhöhungs abzüglich der bewilligten Summe sich ergebende Restsumme darstellt.

Es ist nun die Frage, wie dieser Mehrbetrag von 520 500 M, abzüglich der Mehreinnahmen von 216 000 M, also der Fehlbetrag von 304 500 M gedeckt werden soll.

Zur Deckung dieses Fehlbetrages gibt es zwei Wege; entweder wird nichts getan und abgewartet, welcher Fehlbetrag am Schluß des Jahres vorhanden ist und dieser Fehlbetrag wird, ähnlich den Fehlbeträgen früherer Jahre, in die aufzunehmende Anleihe aufgenommen, oder der Fehlbetrag wird durch Erhöhung der Steuern aufgebracht.

Der für die jetzige Zeit angenehmere Weg ist natürlich der der Aufbringung durch die später aufzunehmende Anleihe. Der Steuerzuschlag und der Magistrat haben sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß dieser Weg nicht beschritten werden soll, weil die Mehrausgaben, welche den Fehlbetrag veranlaßt haben, nicht zu den einmaligen Ausgaben gehören, sondern Ausgaben darstellen, die in dieser oder in einer ähnlichen Form ständig jedes Jahr wiederkehren werden. Es gilt dies insbesondere von der Hauptmehrausgabe, nämlich den Ausgaben für Teuerungszulagen und Beschaffungsbeihilfen für die Beamten und ständigen Angestellten. Es ist unter keinen Umständen anzunehmen, daß diese Mehrkosten nun plötzlich wieder verschwinden werden, sondern sie werden in Form von Lohn oder bei den Beamten in Form von Teuerungszulagen oder in Form eines erhöhten Gehaltes weiter bestehen bleiben. Wenn dem aber so ist, so ist es finanztechnisch unrichtig, derartige laufende Ausgaben auf Anleihe zu nehmen, sondern laufende Ausgaben müssen auch durch laufende Einnahmen gedeckt werden. Aus gleichen Erwägungen heraus haben schon vor zwei Jahren die Finanzdezernenten der größeren Städte einstimmig beschlossen und den städtischen Finanzverwaltungen empfohlen, die Ausgaben für Teuerungszulagen ihrer Beamten aus laufenden Mitteln zu bestreiten. Die weißen größeren und die finanztechnisch richtig geleiteten mittleren Städte sind auch dazu übergegangen und, wie diese Vorlage zeigt, gehört zu diesen Städten auch Merseburg, welche die entsprechenden Ausgaben auf den laufenden Haushaltsplan 1918, sowohl auch 1919 übernimmt. Bei 1918 machte sich die Mehrausgabe nicht besonders fühlbar, weil damals gegenüber den Haushaltsplanzahlen außerordentliche Mehreinnahmen an Steuern vorhanden waren. 1919 wird das aus den vorangeführten Gründen nur in sehr beschränktem Umfange der Fall sein. 1920 wird es überhaupt nicht mehr der Fall sein, da dann schon der wesentliche Rückgang beginnt, weil die hohen Kriegseinnahmen verschiedener Steuerpflichtiger dann nicht mehr in die Steuerdurchschnittsjahre hineinfallen.

Sehr deutlich ist aber ein wichtiger Punkt der, daß es nach gar nicht abzusehen ist, wie sich die Finanzverwaltung der Städte überhaupt gestalten wird, wenn die Reichsfinanzgesetze in der Form durchgehen, wie sie zurzeit im Reichsschatzministerium geplant werden. Wird der dort geheckte und ausgearbeitete Gedanke Gesetz, so wird damit der Selbstverwaltung der Gemeinden ein jähes Ende bereitet, da ihnen dann nach einem Maßstab, über den jetzt noch heftiger Streit besteht, eine bestimmte Geldsumme aus dem Staatssäckel zugewiesen wird und die Gemeinde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191205-18/fragment/page=0002

dann zusehen muß, wie sie mit diesem ihr zugeworfenen Brocken auskommt. Daß diese Zuweisung die ständig steigenden Bedürfnisse der Gemeinden nicht wird befriedigen lassen, dürfte wohl zweifellos sein. Ganz zweifelsfrei ist aber sicher, daß sie den Gemeinden die freie Entfaltung und die Aufnahme neuer Gebiete in ihr Verwaltungsbereich unmöglich machen wird. Bei dieser Sachlage erscheint es aber unmöglich, die an sich schon äußerst dunkle Zukunft noch mit den Zinsen und Tilgungsbeträgen von Hunderttausenden tausender Ausgaben aus dem Jahre 1919 zu belasten.

Aus diesen Erwägungen heraus sind auch eine Reihe andere Städte zu Steuererhöhungen übergegangen, die teilweise noch höher sind als die jetzt vom Magistrat der Stadt Merseburg vorgeschlagenen Steuersätze. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die bisherigen Steuersätze sich wesentlich unter dem Durchschnitt gleich großer und größerer Städte halten, der schon in diesem Jahre von vorneherein erhoben werden ist, und daß es, da der neue Zuschlag nur auf ein halbes Jahr erhoben wird, im Erfolg dasselbe bedeuten würde, wenn von vornherein von Merseburg 240 plus 135/2 = 308 Proz. Zuschläge zur Staats-Einkommensteuer und 200 plus 135/2 = 268 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer und 235 plus 135/2 = 305 Proz. Zuschlag zur Grundvermögensteuer und schließlich 30 Proz. plus 70/2 = 65 Proz. Zuschlag für Betriebssteuer erhoben worden wäre.

Es muß zugegeben werden, daß diese Steuersätze in den jetzigen Zeiten durchaus nicht ausnahmsweise hoch sind, jedenfalls nicht so hoch, daß man mit Rücksicht auf ihre Höhe es übernehmen könnte, den Fehlbetrag von 304 500 ℳ auf Anleihemittel und die Zinsen und Verzinsung dieser Summe auf spätere Steuermittel zu übernehmen.

Der Finanzbedarf der Stadt für die aufzunehmende Anleihe, der zurzeit aufgestellt wird, wird für die bereits schon beschlossenen Ausgaben und für andere, die zur Verbesserung z. B. der städtischen Werke und zum Ankauf des für die Stadt unbedingt notwendigen Grund und Bodens und noch zu anderen wichtigen Ausgaben doch werden, daß die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe die Zukunft zunächst noch reichlich belasten wird, wenn auch aus Anleihemitteln — natürlich abgesehen von den Kriegsausgaben, soweit sie nicht in den letzten Jahren durch laufende Einnahmen aus Steuermitteln gedeckt sind —, nur Einrichtungen und Anschaffungen bezahlt werden dürfen, welche eine Werterhöhung des Stadtvermögens bezwecken oder welche unbedingt notwendig sind, um Wertobjekte der Stadt in ihrem Werte zu erhalten, z. B. die städtischen Werke.

Es wird schließlich darauf hingewiesen, daß bei den städtischen Werken mit einer Mehreinnahme nicht zu rechnen ist, da die dort vorgenommenen Erhöhungen für Gas, Wasser und Strom lediglich dazu haben dienen müssen, um die Mehrausgaben für Löhne und für Rohstoffe, besonders Kohlen, zu decken. Es ist daher höchstens damit zu rechnen, daß die städtischen Werke an die Allgemeinheit denjenigen Überschuß abliefern, den sie haushaltsplanmäßig abliefern können. Sie können daher zur Deckung des Fehlbetrages nicht herangezogen werden.

Bei dieser Sachlage hat der Magistrat keinen anderen Weg gesehen, als die gesamte Steuererhöhung vorzuschlagen.

Beihilfe an den Verein zur Förderung der Säblinie des Mittellandkanals.

Der Magistrat bewilligt für die Aufklärungstätigkeit des Vereins zur Förderung der Säblinie des Mittellandkanals in Braunschweig einen Betrag von 1000 ℳ aus Teil 18 des Haushalts der allgemeinen Verwaltung.

Begründung: Der Verein zur Förderung der Säblinie des Mittellandkanals hat sich, wie aus dem Namen hervorgeht, zur Aufgabe gestellt, die Säblinienführung des Kanals und gleichzeitig eine Verbindung über Staßfurt zur Saale, die Kanalisierung der Saale bis Merseburg und die Ausführung des Elster-Saale-Kanals Merseburg-Leipzig zu bewerkstelligen. Er steht unter dem Vorsitz des Handelskammer-Syndikus in Braunschweig, Herrn Geh.-Rat Stegemann, der sich in unermüdlicher Arbeit dieser Aufgabe unterzieht.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Sache sind die Aussichten für die von dem Verein geförderte Linienführung, wenn nicht alle Anzeichen trügen, recht gut, und es bedarf nur eines kräftigen Druckes aller beteiligten Stellen, die an der südlichen Linienführung interessiert sind. Um die notwendige Werbung für die Säblinie sprechenden Gründe zu gewährleisten, eine dauernde Fühlung sämtlicher Interessenten herbeizuführen und die Zeitungen sowie dadurch die Allgemeinheit auf die Wichtigkeit der südlichen Linienführung hinzuweisen, hat der Verein in Braunschweig eine Mittelbeutsche Kanal- und Talsperren-Korrespondenz gegründet, die als Zentralstelle für die Vereinsinteressen Aufgaben gedacht hat. Sie hat ihre Tätigkeit bereits im weitesten Umfange aufgenommen und bedarf selbstverständlich zu ihrer nutzbringenden Durchführung nicht unerheblicher Mittel, die naturgemäß von den Interessenten aufzubringen sind und in der Tat auch von einem größeren Kreise bereits aufgebracht worden sind (z. B. Braunschweig, Staat Braunschweig, Oschersleben, Bernburg, Halle und andere mehr).

Da die Stadt Merseburg, wie nicht näher ausgeführt zu werden braucht, das lebhafteste Interesse an der Säblinie und besonders an dem Elster-Saale-Kanal hat, hat der Magistrat beschlossen, auch seinerseits einen Betrag von 1000 ℳ zu genannten Zwecke zur Verfügung zu stellen, in der Überzeugung, daß bisher verhältnismäßig geringe Betrag für die Stadt Merseburg recht bald gute Früchte tragen wird.

Neuanschaffungen für das Krankenhaus.

Der Magistrat tritt dem Beschlusse der Krankenhaus-Deputation vom 18. November d. J. bei und beschließt: Die Beschaffung für beschaffte Krankenröcke und Krankenhosen, welche rund 10 000 ℳ beträgt, aus dem Erneuerungsstock des Krankenhauses zu leisten und die Zurückführung der entstandenen Ausgabe in den Erneuerungsstock bei den jeweiligen Haushaltsplan auf die Dauer von 4 Jahren mit je 2500 ℳ ab 1. April 1920 erfolgen zu lassen.

Begründung: Die Beschaffung von Krankenröcken und Hosen für Patienten war eine unbedingte Notwendigkeit, da die Bestände nahezu zu verbraucht und Wiederherstellung durch Ausbesserungen nicht mehr angängig erschien. Die aufgewendeten Preise sind infolge Gelegenheitskäufe der Stoffe sehr mäßig. Aus den angeführten Gründen haben wir die sofortige Beschaffung angeordnet und fügen hinzu, daß die beschafften Bestände auf etwa 4 Jahre ausreichen werden; dementsprechend dürfte auch der Antrag auf Verteilung der Ausgabe über die nächsten 4 Rechnungsjahre seine Begründung finden und zu genehmigen sein.

Stellvertreter für die Deputation der Allgemeinen Verwaltung.

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen: a) zu beschließen, daß für die von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Mitglieder der Deputation der Allgemeinen Verwaltung je ein Vertreter gewählt wird; b) diese Wahl der Vertreter entsprechend der jetzigen Zusammensetzung der Deputation vornehmen zu wollen.

Begründung: Die Deputation der Allgemeinen Verwaltung ist seinerzeit ins Leben gerufen worden mit der Absicht, daß in ihr die einzelnen Parteien je nach ihrer Stärke zu der Stadtverordnetenversammlung vertreten sein sollen. Aus diesem Grunde ist es sehr zweckmäßig, daß die einzelnen Parteien bei den Beratungen der Deputationen auch vertreten sind und daß nicht die eine oder die andere Partei durch die Behinderung des auf sie entfallenden Mitgliedes der Deputation der Allgemeinen Verwaltung an der Mitberatung und Mitwirkung dort ausgeschlossen ist. Deshalb wird beantragt, für jedes Mitglied der Deputation, für nach seiner Vertretung, einen Stellvertreter zu wählen, der im Falle der Behinderung des eigentlichen Mitgliedes dann zu der Sitzung eingeladen wird.

Verstärkung der Ausgaben des Museums.

Aus angeführten Gründen wird Teil XIII B der Ausgabe des Museums in Ausgabeungen um 100 ℳ verstärkt. Die Begründung ist durch den Direktor gegeben. Im Endergebnis wird der Teil XIII durch diese Bewilligung demnach nicht überschritten.

Beschaffung eines Dampfsterilisators.

Der Magistrat beschließt die sofortige Beschaffung eines Dampfsterilisators Größe 50×35 auf 110° C. Druck, gemäß dem Angebot der Firma Fr. Baumgartel in Halle, zum Preise von 1850 ℳ, auch ist er mit der bereits erfolgten Bestellung einverstanden. Die Kosten sollen aus den Erneuerungsfonds des Krankenhauses entnommen werden.

Die Kosten der Ausschmückung des Bahnhofs.

Durch die Ausschmückung des Bahnhofs zur Begrüßung der heimkehrenden Kriegsgefangenen sind nach den Rechnungen 1400 ℳ Kosten entstanden. Der Magistrat bewilligt die außerordentlichen 1400 ℳ aus Kriegsmitteln, mit der Bitte um Zustimmung.

Neuwahl der Armenbezirksvorsteher.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten um Vornahme der Wahl der Bezirksvorsteher für die Jahre 1920 und 1921. Als Armenbezirksvorsteher sind zurzeit folgende Herren bestellt: I. Bezirk: Schankwirt Mengel; II. Bezirk: Kaufmann Classe; III. Bezirk: Badeanstaltsbesitzer Passenge; IV. Bezirk: Sparkassenrendant i. R. Eichler; V. Bezirk: Kaufmann Drendel; VI. Bezirk: Rechnungsrat Müller; VII. Bezirk: Bäckermeister Hüthel; VIII. Bezirk: Gastwirt Hessler; IX. Bezirk: Rentier Hoepke.

Nachtdienstzulage für die Polizeibeamten.

Den Polizeiwachtmeistern wird für jede Stunde Polizei-Außendienst, den sie im Nachtdienst leisten, also nicht für die auf der Wache verbrachten Pausen, eine Nachtdienstzulage von je 50 ℳ je Stunde gezahlt.

Die Mehrkosten für die Zeit vom 1. Dezember bis 31. März 1920 mit rund 3900 ℳ werden bei Teil I 1 des Ausgabe-Haushalts der Polizeiverwaltung in Ausgabe-Zugang bewilligt.

Begründung: Die Polizeiwachtmeister haben vor längerer Zeit den Antrag gestellt, ihren Dienst, wie bisher, zu regeln. Die Frage, wie der Polizeidienst in die allgemeine Dienstzeit von 8 Stunden eingezwängen ist, ist an sich ja keine Frage, welche dem Beschluß der Gemeindeverordneten unterliegt, es sei aber mitgeteilt, daß die Regelung dieser Frage beinahe allen Städten mit städtischer Polizei außerordentliche Schwierigkeiten bereitet. Auch hier sind von Seiten der Berufsleitung und von Seiten der Polizeiwachtmeister hier verschiedenten Vorschläge gemacht und verschiedene Versuche durchgeführt worden. Es war das Bestreben der Polizeiverwaltung, die Neuregelung des Dienstes im Einvernehmen mit den Polizeiwachtmeistern durchzuführen. Ein solches Einvernehmen ist nunmehr erzielt in der Weise, daß die ältesten Polizei-Exekutivbeamten ständig mit dem Nachtdienst betraut werden, während der Hauptteil der Polizeiwachtmeister für den Außendienst verbleibt, und zwar die eine Hälfte für den Tagesdienst und die andere Hälfte für den Nachtdienst. Zwischen Tag- und Nachtdienst findet ein regelmäßiger wöchentlicher Wechsel statt. Es sei dies nur nachrichtlich mitgeteilt. Als Bedingung für diese Regelung haben die Polizeiwachtmeister nun aufgestellt, daß ihnen neben ihrem Gehalt für den Nachtdienst eine besondere Nachtdienstzulage von 50 ℳ je Stunde gezahlt wird, wobei unter Berücksichtigung des Umstandes, daß nur die Hälfte des Jahres für den einzelnen Polizeiwachtmeister in Betracht kommt, für jeden eine Mehreinnahme von rund 550 ℳ neben dem Gehalt bedeutet.

Obgleich eine Rundfrage bei 37 Städten ungefähr gleicher Größe ergeben hat, daß eine Nachtdienstzulage in keiner einzigen Stadt gewährt wird, und daß die hier gewährten Gehaltssätze durchaus nicht unter den durchschnittlich gezahlten Sätzen liegen, im Gegenteil nur die geringere Zahl der angefragten Städte eine höhere Besoldung gewährt, hat sich der Magistrat doch entschlossen, dem Verlangen der Polizeiwachtmeister insoweit nachzukommen, daß für jede während des Nachtdienstes auf der Straße zugebrachte Dienststunde eine Zulage von je 50 ℳ gezahlt werden soll, weil wir hoffen, daß, ähnlich, wie dies bei den Staatsbehörden nach Einführung der Nachtzulage geschehen ist, dann die Unzufriedenheit unter den beteiligten Beamten aufhört und durch die damit verbundene Nebeneinnahme der Nachtdienst nicht mehr als diejenige Unannehmlichkeit empfunden wird, die die Beamten jetzt in ihn sehen. Die Mehrbelastung des städtischen Haushaltsplanes durch diesen Beschluß bedeutet immerhin eine Ausgabe von 10 000 ℳ oder für die Zeit vom 1. Dezember 1919 bis 31. März 1920 rund 3500 ℳ.

Trotzdem hat der Magistrat geglaubt, diesem Antrage entsprechen zu müssen, um, wie angegeben, endlich bei dem Polizeidienst in geordnete Verhältnisse zu kommen und weil bei Ablehnung des Antrages nichts anderes übrig geblieben wäre, als daß der Dienst von der Polizeiverwaltung ohne Einigung mit den Beamten festgesetzt worden wäre, wozu ja zweifellos ein Recht besteht, was doch aber immerhin nicht dazu beigetragen hätte, die Dienstfreudigkeit der Beamten zu heben.

Einen gleichzeitig noch vorliegenden Antrag der Polizeiwachtmeister, sie im Gehalt wesentlich zu erhöhen, hat der Magistrat aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen müssen, weil es ihm nicht angängig erscheint, eine einzelne Beamtengruppe herauszunehmen und sie trotz der kommenden Neuordnung der Beamtengehälter vorwegzubenehmen. Insbesondere erschien das deshalb untunlich, weil ja der durch Gemeindebeschluß festgelegte Grundsatz derjenige ist, daß die städtischen Beamten den Staatsbeamten in entsprechender Stelle in ihren Einkünften gleichgestellt sein sollen. Dieser Grundsatz war überall durchgeführt mit Ausnahme der Polizeiwachtmeister und der Unterbeamten, welche nach der jetzigen städtischen Gehaltsordnung schon höhere Bezüge erhalten, als die entsprechenden staatlich angestellten Beamten.

Da nach der Ankündigung des Innenministers im März mit der Neuordnung der Beamtengehälter aller staatlichen Verwaltungszweige zu rechnen ist, hält es der Magistrat für unzweckmäßig, dieser Neuregelung bei einer einzelnen Beamtengruppe vorzugreifen, da er auf dem Standpunkt steht, daß mit dem gleichen Zeitpunkt auch die Gehälter der städtischen Beamten in gleichem Sinne neu geregelt werden müssen.

*

Die Sklaverei unserer Kriegsgefangenen in Frankreich

gibt sich in dem nachstehenden erschütternden Brief deutlich kund, der uns aus unserem Leserkreise zur Verfügung gestellt wird.

Meibel, den 16. 11. 19.

Liebe Eltern! Wundert Euch wohl, daß Nachrichten so lange ausgeblieben. Das kommt daher, weil ich wieder auf Reise war. Dieses mal ich ganz sicher, denn 2 Kilometer vor Metz war ich schon; bin aber immer noch unvorsichtig gewesen infolge Hunger. Mein Gefängnis ist schon rum, aber es ist vorläufig nichts zu Mein Gefängnis ist schon aber es ist vorläufig nichts zu machen! Man muß eben warten, bis die Vögel kommen. So nun will ich Euch nur sagen und aufklären: Ich weiß es ganz gut, daß amerikanische und englische Gefangene schon zurückgekommen sind. Aber daß wir so bald nach Hause kommen, das glaubt nur nicht, denn vorläufig gibt keine Aussicht vorhanden. Wenn wir Weihnachten 1920 zu Hause sind, dann geht es noch gut. Also heißt es nur: Merke sich wer kann!" Man bezahlt für jeden zurückgebrachten Ausreißer, den der ihn bringt, 25 Francs und für jeden toten 75 Francs. Wie gesagt, ist es mit dem Fluchtversuch nicht so leicht, denn man macht hier kurze Sache mit einem Woche! Ich bin immer Junge kann hier mit einer Waffe herumlaufen und spielen. Nun muß ich Euch noch erzählen, daß ich für mein Reiselieber zu einer Strafkompanie gekommen bin. Verhältnisse herrschen hier, es ist einfach zum Heulen. Aber nur keine Gedanken gemacht, denn als Mann und Deutscher heult man noch lange nicht! Ich glaube, nun selb ihr so eingermaßen unterrichtet, und das ist nur Aus im Frieden. Jetzt kommt meine Post geregelter. Seid gegrüßt bis zum nächsten Brief.

*

Vereins- und Versammlungskalender.

Donnerstag abend: V.-C. „Preußen". Versammlung im „Hohenzollern". — Freiwillige Feuerwehr 2. Pionier-Kompanie Versammlung in der „Blauen Wolf". — Deutscher Offiziers-Bund Lichtbildervortrag in Müllers Gasthof. — Reichsbund der Kriegsbeschädigten ipo. Monatsversammlung im „Tivoli".

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Freitag den 5. Dezember.)

Ausgabe von Magerquark und Buttermilch je nach Anlieferung; Bekanntgabe in den Geschäften.

Rollfleisch für die Ordnungsnummern 3901—4100 Feld 3 der Rollfleischkarte bei Möbius (Tiefer Keller 1) und 2—4 Uhr: für die Ordnungsnummern 4101—4500 bei Hoffmann (Brühl 6) von 2—6 Uhr.

Frischfleisch für die Ordnungsnummern 701—900 von 8 bis 10 Uhr vormittags.

Frischfleisch 100 Gramm auf städtische Fleischmarken für jeden Versorgungsberechtigten.

---

§ Schkeuditz, 4. Dez. Am Sonnabend vormittag wurde von der Polizei in der Halleschen Straße ein Hamsterfuhrwerk angehalten. Dasselbe kam aus Gröbers und enthielt Mehl und Kartoffeln, die nach Leipzig verbracht werden sollten. Das wertvolle Gut wurde beschlagnahmt. — Herr Otto Gentner bestand vor der Meisterprüfungs-Kommission in Halle die Meisterprüfung als Elektroinstallateur.

§ Dürrenberg, 3. Dez. Wie der Vorsitzende der Gaskommission mitteilt, werden die Preise für Gas und die Gasmessermiete ab 1. Dezember nicht erhöht, sondern es bleibt bei den bisherigen Preisen.

Mücheln und Umgegend.

4. Dezember.

* Eptingen, 3. Dez. Ein schwerer Einbruch wurde in der Nacht vom 28. zum 29. November bei dem Schuhmachermeister Friedrich Leiter verübt. Die Diebe stahlen dabei 13 Paar Schuhe und Stiefeln. Auf die Nachweisung der Diebe hat der Bestohlene 200 ℳ Belohnung ausgesetzt.

§ Querfurt, 4. Dez. Zwangsmaßnahmen gegen Kuhhalter. Die Milch- und Butterablieferungen sind, so macht der Landrat des Kreises Querfurt bekannt, in letzter Zeit in einem Maße zurückgegangen, daß eine auch nur nothürftige Versorgung der eigenen Kreiseingesessenen mit Butter und der Bedarfsgebiete mit Frischmilch in Frage gestellt ist. So mußten den Versorgungsberechtigten des Kreises in der laufenden Woche wiederum die wenigen Kramm Butter vorenthalten werden. Wenn für die Folge eine Steigerung der Milch- und Butterablieferung nicht eintreten sollte, muß eine Herabsetzung der Butterration für die Selbstversorger erfolgen. Sie werden dann ebenfalls zum Teil Margarine oder anderes Fett erhalten. Auf Anordnung des Herrn Preußischen Staatskommissars für Volksernährung ist gegen säumige Kuhhalter und Erzeuger mit allen zu Gebote stehenden Zwangsmitteln (Zwangsstrafe und Wegnahme derjenigen Kühe, von denen keine hinreichenden Milchmengen erfaßt werden, als Schlachtetiere) einzuschreiten. Als verantwortlicher Leiter des Kommunalverbandes sehe ich mich nunmehr genötigt, von diesen Zwangsmaßnahmen rücksichtslos Gebrauch zu machen.

Wetterwarte.

B. W. am 5. 12.: Wolkig, zeitweise heiter, Tag mild, strichweise etwas Regen. — 6. 12.: Wechselnd bewölkt, zeitweise aufheiternd, ziemlich mild, keine oder wenige Niederschläge.

Vermischtes.

* **Diebstahl wertvoller Gemälde.** Aus dem dem Landgrafen Alexander Karl von Hessen gehörenden Schlosse Philippsruhe bei Hanau sind Ölgemälde mit und ohne Rahmen im Werte von mehreren hunderttausend Mark entwendet worden. Der Kriminalpolizei gelang es, als Diebe die im Dienste des Landgrafen stehenden Schloßdiener Hammer und Stein zu ermitteln. Ein Teil der gestohlenen Gemälde ist bereits wieder zur Stelle geschafft worden.

* **Lieberliche Wirtschaft.** Wie die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost" in Nürnberg behauptet, lagern in der schlecht gedeckten Güterhalle in Schweinau bei Nürnberg, dem Verderben ausgesetzt, seit Monaten für 10 bis 15 Millionen ℳ Sanitätsmaterial, darunter für eine Million ℳ Verbandwatte.

* **240 000 ℳ unterschlagen.** Der Postamtsvorsteher Wiedenhoff, Kirchmeister der evangelischen Gemeinde Essen-Rüttenscheid, unterschlug deren Gesamtvermögen von 240 000 ℳ und flüchtete.

* **Folgen der Unterschlagung von Lebensmittelkarten.** Der Besitzer der Zeitung in Friedland in Mecklenburg hatte von den Lebensmittelkarten, deren Druck ihm übertragen war, einen Teil zurückbehalten und für sich verwendet. Als diese Unterschlagung bekannt wurde, bemächtigte sich der Arbeiterschaft eine große Entrüstung. Eine aufgeregte Menge begab sich zur Druckerei und demolierte die Einrichtung. Als die Eindringenden den Besitzer bedrohten, erschoß dessen Sohn Walter in der Notwehr zwei Angreifer. Der Besitzer und sein Sohn sind geflüchtet, die Zeitung kann vorläufig nicht erscheinen.

* **Mord auf einem märkischen Gutshofe.** Am Sonnabend abend wurde in Liebenwalde (Mark) in einer Scheune des Gutsbesitzers Günther dessen Schwiegermutter, die Rentnerin Frau Bergemann, ermordet aufgefunden. Die Täter haben die alte Frau gefesselt und geknebelt und durch wuchtige Schläge auf den Kopf getötet. Anscheinend ist der Mord im Schlafzimmer des Gutsbesitzers verübt und die Leiche nach der Scheune geschleppt worden. Der Gutsbesitzer und dessen Frau kehrten durch nach Entdeckung der Bluttat von einer Reise zurück. Die Polizei stellte fest, daß zwei Gutsarbeiter und eine Frau, die erst tags vorher den Dienst angetreten, aber sofort wieder gekündigt hatten, vormittags mit einem beladenen Gefährte des Gutsbesitzers davongefahren sind. Bisher konnte ihr Verbleib nicht festgestellt werden. Vermutlich haben diese in Abwesenheit des Dienstherrn Lebensmittel vorladen und haben dabei die Rentnerin erschlagen.

* **Für 300 000 ℳ Blusen und 105 000 ℳ Bargeld gestohlen.** Die Zahl der schweren Vergehen in Berlin gegen das Eigentum aus den letzten Tagen ist wieder sehr groß. So drangen in der Nacht zum Sonnabend Diebe in die Blusenfabrik von Max Blick in der Kronenstraße 14 ein und stahlen für 300 000 ℳ Blusen, Stoffe und verschiedenfabrige Seiden. — Ein großer Schlag glückte einem Dieb am Freitag in einem Hotel in der Friedrichstadt. Dort wurde in der Mittagsstunde einem Hotelgast der Betrag von 105 000 ℳ in Papiergeld gestohlen. Das Geld bestand aus vier Scheinen zu je 1000 ℳ, zweihundert Scheinen zu 100 ℳ und im übrigen aus Scheinen zu 20 ℳ, darunter einer laufenden Serie die Nummern 3 603 001 bis 3 604 000. Der Geschädigte hatte das Geld kurz zuvor in einen Lederkoffer getan, aus dem es von dem Täter entwendet wurde, indem er die Seitenwände aufschnitt.

*

Stillgelegt wegen Kohlenmangel!

Düsseldorf, 3. Dez. Die Rheinische Metallwaren-Maschinenfabrik hat infolge verschiedener Kohlenmangel den Betrieb vollständig stillegen müssen. Aus diesem Anlaß zogen die beschäftigungslosen Arbeiter nach dem Rathaus, um mit Vertretern der Stadt über den Kohlenmangel zu verhandeln.

Halle, 3. Dez. Die Halle—Hettstädter Eisenbahn hat den Personen- und Durchgangsverkehr wegen Kohlenmangels einstellen müssen.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Rößner,
für den Anzeigenteil: Franz Gomm, beide in Merseburg.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Gewinn-Auszug
der
14 Preuss.-Sächs. 240. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 22. Ziehungstag — 3. Dezember 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 15000 M 109340
10 Gewinne zu 5000 M 31954 60318 63224 76983 83684
38849 38603 46637 47749 55302 64077 65003 66554 66674 72720
72726 82467 86259 98822 102433 102604 113017 130740 132717 134254
136773 141408 155901 162873 163165 164469 169446 170784 180347
192446 211229 213802 220720 226681 233613

152 Gewinne zu 1000 M 4436 7778 10822 19794 25436 33048
34931 41080 45073 45437 47079 49216 49239 56031 57886 58198 58850
65439 66036 67158 67704 68736 70763 71062 73424 77017 78433 80065
80594 82051 82252 83296 89006 106768 107981 108097 110901 112304
113219 134937 137256 139075 154535 159119 161782 161834 164042
164648 169992 151701 153979 155127 157158 157481 157934 160538
171121 174784 179115 181554 182182 184608 185030 191808 191990
193239 195492 196564 209312 209509 219901 214860 227443 228480
232256 233590

194 Gewinne zu 500 M 7218 9748 14397 18547 22504 22768 23295
26099 26285 34195 34407 49746 49804 50870 51531 53450 53520
54099 55787 57420 66040 67039 71921 72141 80503 81236 83868
82887 85052 85417 86361 86136 88617 88575 89866 90706 92584
93750 94962 95365 96832 99954 101768 104216 104507 105326 108798
109131 109153 111908 113914 113956 115157 123117 123490
125195 126889 127943 130801 132836 135480 136138 136435 139279
143092 147060 148361 150434 151358 151565 156652 159070 159036
159324 161639 164549 164970 165004 170014 171422 174324 175497
178620 183556 185844 188120 188333 192396 193312 199247 207919
209347 208594 111221 216838 227495 229646

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

3 Gewinne zu 1000 M und Prämie 300000 „ 219238
2 Gewinne zu 15000 M 219238
4 Gewinne zu 5000 M 101170 152763
36 Gewinne zu 3000 M 83230 86048 90568 93617 90927 96097
102923 104349 111800 129068 139114 139833 142206 169005 171391
180047 186992 189428

88 Gewinne zu 1000 M 404 3561 23853 29042 27756 34161
51293 52694 57709 73179 75997 80856 86960 91150 91293 112308
112995 123640 128607 130733 133369 135780 141774 146317 148325
151322 154096 161433 160054 171180 171711 171829 178753 178772 179237
188463 196849 204096 214533 217330 219512 221662 223453 234441

134 Gewinne zu 500 M 996 1484 2294 3123 16091 17790 20485
33112 31184 46367 47678 53790 55865 54436 55315 56868 70919 73595
76540 78353 87272 91412 95423 97244 101904 106872 107309 115544
116355 119032 120321 131428 134554 135991 139079 140881 141058
144540 145955 146146 147495 149375 150539 156299 158903 158460
157435 162262 163259 166346 175410 180850 183782 186894 196385
195860 199291 200450 204130 210267 210850 214618 220180 228024
226028 228107 231980

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191205-18/fragment/page=0003

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Ein Zimmer
(möbliert od. unmöbliert) zu verm. Off. unt. 1477 an die Exped. d. Bl.

Möbliertes Zimmer von anständigem jungen Mann, am liebsten mit Mittagstisch, sofort oder zum 1. 1. 20 gesucht. — Off. unt. 1478 an d. Exp. d. Bl

Kleineres Wohnhaus
(2 Wohnungen, von denen eine frei) zu verkaufen. Offert. unt. 1481 an die Exped. d. Bl.

Stall oder Schuppen
z. lagern trockener Gegenstände zu mieten gesucht. Off. unter 1462 bitte an die Exped. d. Bl.

4000 Mark
auf Hausgrundstück als sichere zweite Hypothek sofort od. 1. 1. 20 ges. Off. u. 1479 a. d. Exp. d. Bl.

Max Warnicke
Ella Warnicke geb. Wenzel
Vermählte.
Weimar, Jakobsstrasse 12, den 4. Dezember 1919.

Todes-Anzeige.
Gestern früh 7 Uhr entschlief nach langem, schwerem Leiden in der medizin. Klinik meine liebe, gute Frau, unsere liebe treusorgende Mutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin,
Frau Anna Rauschenbach
geb. Böhme
im noch nicht vollendeten 53. Lebensjahre.
Um stilles Beileid bitten
August Rauschenbach nebst Kinder
und Angehörigen.
Wegwitz, den 4. Dezember 1919.
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr statt.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen, des Tischlers
August Klettnig
sagen wir allen, die ihn zur letzten Ruhe begleitet haben, sowie für die Kranzspenden unsern herzlichen Dank. Besonderen Dank dem Gesangverein „Iris" für das ehrenvolle Geleit und den Arbeitern der Firma Büttner sowie dem Holzarbeiterverband für die liebevolle Spende.
Marta Klettnig nebst Kindern.
Merseburg, den 4. Dezember 1919.

Kammer-Lichtspiele
Fernruf 529 — Kl. Ritterstr. 8
Ab Freitag bis Montag:
große Künstler-Tage!!
Die lebende Tote!!
Ein Film-Schauspiel in 5 Akt. verf. v. Rudolf Wieme. Das schönste Werk der Henny-Porten-Serie 1919/1920. Vornehme Aufmachung. — Unübertroffenes Spiel.
Henny Porten
Der Liebling des Publikums.
Die Königin ohne Krone.
„Herr über Leben und Tod!!!"
Das bedeutendste und gewaltigste Schauspiel der Bernd-Aldor-Serie in 4 Akten.
Bernd Aldor
als:
Dr. Groott!
Hierzu ein entzückendes Lustspiel! ???
Anfang 6 Uhr.

Freiwill. Auktion.
Sonnabend, den 6. Dezember, 10 Uhr vormittags werde ich im Lokal „Halber Mond", hier, Gotthardtstraße, nachstehende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern und zwar:
2 Sofas, 1 Kleiderschrank, 2 Waschkommoden, 2 Waschtische, 2 Küchentische, 1 Kinderbett, 3 Kissen, 1 Reisekoffer, 2 Fenstertritte, 2 Backtröge, Gläser, diverse Lampen, Bilderrahmen und Gewichte.
Albert Franke,
beeid. Auktionator.
Bei obiger Auktion kommen ferner noch zur Versteigerung:
1 gut erhaltenes Billard mit Zubehör u. 1 Eisschrank.
D. O.

Nähmaschine,
fast neu, preiswert zu verkaufen Oberaue 13, part.

Eine Wage mit Gewichten
billig zu verkaufen Mäuerstraße 6, 1 Tr. r.

Ein gut erhalt. Puppenwagen
und Küche zu verkaufen Sixtiberg 59.

Eine fast neue **Noten-Zither**
zu verk. Zu erfrag. in der Exp. d. Bl.

Dampfmaschine und Injnenzmaschine,
gut erhalten, zu verkaufen. Zu besichtigen 2 bis 3 Uhr. Entenplan 9, 1 Tr.

Fast neue Hausrolle, 2 Akten-Regale, 2 zweiflammige Gasrohr-Arme, Bordbrett u. Tisch zu verkaufen Leuchstedter Str. 15.

Acker-Verpachtung
Sonnabend, den 6. Dez. d. J., nachm. 4 Uhr findet im Gasthof zu Reipisch die Verpachtung von 5 Morgen Acker und nachm. 6 Uhr im Gasthof zu Atzendorf die Verpachtung von 8 Morgen, dem Herrn Theodor Klappach zu Köthschen gehörig, geteilt oder im ganzen statt. Bedingungen im Termin.
Albert Franke, Auktionator.

Zu verkaufen:
ein Bücherschrank, ein Schaukelstuhl
und noch andere Möbel, sehr gut erhalten. Paul Lüßkendorf, Weißenfelser Str. 15

Neuer Gehrock-Anzug preiswert zu verk. Besicht. Sonntags oder abends nach 6 Uhr. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Gut erhaltener brauner Anzug, für mittlere Figur passend, zu verkaufen Neumarkt 78, Vorweg 1 Tr.

Ulster,
neu, preiswert zu verkaufen Hälterstraße 2, part.

Ulster,
gut erhalten, für 14—16jähr. Knaben passend, verkauft Weißenfelser Straße 17, part

Gut erhaltener
Ueberzieher,
für Herrn von 16—18 Jahren passend, preiswert zu verkaufen.
Daselbst auch Damen-Jackett billig abzugeben.
Dlgrube 39, part.

Ein Paar neue Herren-Schnürschuhe (Größe 42), ein Paar Militärstiefel (Größe 28) zu verk. Kl. Sixtstr. 17, pt.

Ein Damenhut
zu verkaufen Leipziger Straße 18.

Eine gut erhaltene
Bisam-Boa mit Muff
zu verk. Obere Breite Str. 7.

Optikermstr. Fischer
MERSEBURG, Markt 24,
Spezialist für moderne Augengläser.

Die Hilfe
Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst
Begründer D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer
Probeheft kostenfrei. Vierteljahrspreis 5 Mark.
Verlag der „Hilfe". Berlin NW. 40.

Schulranzen
zu kaufen gesucht. Off. unt. 1482 an die Exp. d. Bl.

Gut erhalt. Cutaway zu kaufen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

Göthes Werke zu kaufen gesucht. Off. unt. „1475" a. d. Exp. d. Bl.

Modernes Theater
MERSEBURG
TELEFON 215. GR. RITTERSTR. 1
Vornehmste u. leistungsfähigste Lichtbildbühne am Platze.
Ab heute bis einschließlich Montag:
Unser neuer großer Künstler-Detektiv-Sensations-Spielplan!
Die große Detektiv-Sensation:
Was ein Weib vermag
Sensationelles Detektivabenteuer des weltberühmten Meisterdetektivs. In der Hauptrolle: Erich Kaiser-Titz und Fregoliа, die berühmte Schönheit und Verwandlungskünstlerin, und der preisgekrönte Polizeihund Diana.
Alleiniges Erstaufführungsrecht für Merseburg.
Aus unserem Zyklus:
Verbrechertypen!
Robert Warwick, der weltberühmte amerikanische Schauspieler, als Hochstapler und Gauner in:
Der Schmuck der Madonna
Aus dem Leben eines Hochstaplers, sein teuflisches Wirken und sein Tod, in 5 Akten.
Auch für diesen Film erwarben wir das alleinige Erstaufführungsrecht für Merseburg.
Unser großes Schlagerlustspiel
Die verwunschene Prinzessin
Ein Filmlustspiel in 5 Akten. In der Hauptrolle die märchenhaft schöne Tochter Mia Mays
Eva May
Der Liebling der Besucher unseres Theaters. Dieser Film wird allseitig Anklang finden. — — Erstaufführung für Merseburg.
NB. Wir bitten, wegen des zu erwartenden großen Andranges, möglichst frühzeitig das Theater zu besuchen. Die Kasse wird 4 Uhr geöffnet. Frühzeitiges Kommen sichert einen guten Platz. Frei- und Ehrenkarten haben keine Gültigkeit.
Die Direktion: A. Bilke.
Eigene Lichtanlage!

Witwer
mit gt. Ch., 32 J., Aufseher einer gr. Firma, sucht anständ. Dame oder Kriegerwitwe mit etw. Vermögen zw. Heirat. Nur ernstgemeinte Offerten mit Bild, das zurückgeschickt wird, unter 1476 an die Exped. d. Bl.

Neuanfertigung und Umarbeitung von Pelzsachen
sowie sämtliche Pulzarbeiten werden angenommen
M. Wöhlert,
Weiße Mauer 12, 3 Tr.

Tücht. Schlosser
für die Merseburger Überlandbahn gesucht
Betriebsbahnhof Frankleben

Jg. tücht. Bäckergeselle
sucht Beschäftigung irgendwelcher Art
Crakau Nr. 4.

Büro-Lehrling
mit guter Schulbildung zum 1. April 1920 gesucht. Meldungen mit selbstgeschriebenem Lebenslauf und Schulzeugnis an
Landratsamt
Kl. Ritterstr. 19, Zimm. 1.

Intellig. Junge,
welcher Lust hat, die moderne Herren- und Damenschneiderei zu erlernen, kann Ostern 1920 unter günstigen Bedingungen in die Lehre treten. Fritz Hildebrandt,
Kleine Ritterstraße 13.

Anlegerin
für Buchdruckpressen gesucht.
C. Görling, G. m. b. H.

Eine jüngere Dame,
die in Kontorarbeiten etwas Vorkenntnisse hat, zum baldigen Antritt gesucht
Paul Marckscheffel & Co.

Für sofort oder 1. Jan. ordentliches, sauberes und ehrliches
Mädchen
für kl. Haushalt gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Unabhängiges, zuverlässiges
Mädchen oder Frau
die selbständig kochen kann, wird gesucht Körbisdorf 12.

Mädchen oder Frau
als Aufwartung vormittags 7—10 Uhr gesucht
Kleine Ritterstraße 1, 1 Tr.

Portemonnaie mit Inhalt in der Saalstraße gefunden. Abzuholen bei Schlossermstr. Gärtner, Saalstr.

Ich warne hiermit jedermann, meiner Frau Geld zu borgen, da ich keine Gewähr leiste.
Christian Fischer, Stuckateur.

Neuheit! Schlager!
Angesehene Firma gibt intelligenten Herren, die Organisationstalent besitzen, Gelegenheit, sich durch Uebernahme der
General-Vertretung
dauernde Selbständigkeit, verbunden mit hohem Einkommen, zu sichern. Mit Hilfe von hohen persönlichen und Reklamezuschüssen ist nach durchgeführter Organisation Jahresverdienst von M. 20000.— garantiert. Notwendiges Betriebskapital M. 8000,—. Angeb. unt. B N P 9866 an Haasenstein & Vogler, Berlin W 35.

1500 Mark monatlich — verdient — **Alleinvertreter**
für dortigen Kreis für landwirtschaftl. Artikel. Off. m. Rückporto an Max Kuhn, Halle a. S., Mansfelderstr. 29.

Suche zum sofortigen Antritt
erste Verkäuferin
für Spielwaren, Glas und Porzellan.
Paul Ehlert, Entenplan 11.

Wir suchen zur Instandhaltung umfangreicher elektrischer Stark- und Schwachstromanlagen bei sofortigem Antritt mehrere tüchtige, gelernte
Elektriker,
welche an selbständiges Arbeiten gewöhnt sind.
Desgleichen werden zur Wartung eines großen elektrischen Kettenbahnantriebes mehrere
zuverlässige Maschinisten
gesucht.
Grube Otto der Zuckerfabrik Körbisdorf A.-G., Körbisdorf, Bahnstation Wernsdorf und Haltestelle Körbisdorf der Merseburg-Rüdeltner Überlandbahn.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191205-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 276. Freitag den 5. Dezember 1919. 46. Jahrg.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 3. Dezember.

Am Ministertische: Erzberger.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung steht die

erste Beratung des Entwurfs eines Landsteuergesetzes,

die Reichsminister Erzberger mit einer längeren Rede einleitete. Soweit es sich bei der Finanzreform, so führte der Minister aus, um eine neue Gestaltung des Steuerwesens handelt, ist die unmittelbare Gegenwartsaufgabe eine dreifache: eine quantitative, eine qualitative und eine distributive Aufgabe. Die quantitative Aufgabe besteht in der Aufbringung der benötigten Milliarden.. Die erste Voraussetzung für sie ist die finanzielle und wirtschaftliche Gesundung, deren Auftakt die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens bilden wird. Eine wirkliche Reform hat eine entsprechende Gliederung des Steuerbedarfs zur Voraussetzung, womit die Verteilung der Steuereinnahmen auf die verschiedenen Steuergewalten im engsten Zusammenhang steht.

Der Etat von 1919, der im wesentlichen noch immer ein Kriegsetat ist, wird uns eine Entlastung in den Gesamtausgaben von 21½ Milliarden bringen. Die außerordentlichen Ausgaben betragen 41 Milliarden ℳ, darunter eine einmalige Ausgabe von rund 2 Milliarden für Teuerungszuschläge, die nach der Beamtenbesoldungsreform in mehr oder weniger großem Umfange auf die fortlaufenden Ausgaben hinüberwechseln werden.

Die Besoldungsreform ist eine der wichtigsten Aufgaben.

Weniger beschließende Köpfe, mehr ausführende Kräfte, weniger schwerfälliger Instanzenzug und größere Elastizität werden eine Hauptforderung der Zukunft bilden. Wichtiger als die in Weimar bewilligten laufenden Einsparte über 1000 Millionen sind die beiden einmaligen Steuern: außerordentliche Kriegsabgabe für 1917 und die Besteuerung des während des Krieges eingetretenen Vermögenszuwachses, die beide zusammen 12 Milliarden erbringen sollen. Da wir so bald als möglich aus dem Schuldenmachen herauszukommen suchen müssen, bitte ich Sie, die gegenwärtigen Steuergesetze baldmöglichst zu verabschieden.

Eine vollkommen exakte Übersicht über die Gestaltung der Ausgaben und Einnahmen in der nächsten Zukunft ist nicht mehr möglich. Der Bedarf des Reiches ist für die letzten Jahre mit

17½ Milliarden angesetzt.

Für die Deckung kommen in erster Linie die direkten Steuern in Betracht, die bis zur zulässigen Höchstgrenze ausgeschöpft werden müssen. Zu den in Weimar an einmaligen Vermögenssteuern bewilligten 12 Milliarden kommt jetzt das Reichsnotopfer, das 45 Milliarden ergeben dürfte. Noch wichtiger für die Aufbringung des Steuerbedarfs ist die Einkommensbesteuerung. Im Beharrungszustande hofft man aus der Einkommensteuer zuzüglich der Besteuerung der Körperschaften für Reich, Länder und Gemeinden davon allein einen Betrag von 8 Milliarden zu erzielen. Dazu treten noch 2,4 Milliarden als Ergebnis der Ertragssteuern, davon allein 1,4 Milliarden Kapitalertragssteuer. Da es gilt, eine Gesamtsumme von mindestens 24 bis 25 Milliarden ℳ an Steuern aufzubringen, muß scharf zugegriffen werden. Die bereits beschlossene Erbschaftssteuer soll 790 Millionen jährlich bringen, wovon rund 140 Mill. auf Einzelstaaten und Gemeinden entfallen. Nach dieser Zusammenstellung würden sich demnach aus den

direkten Steuern rund 15 Milliarden ℳ herausholen lassen,

von denen 9½ Milliarden auf das Reich und 5¾ Milliarden auf Länder und Gemeinden entfallen würden. Bei den indirekten Besteuerung würden sich beim bestmöglichen Ausbau des Zollwesens 1 bis 1½ Milliarden ℳ erzielen lassen, aus der Umsatzsteuer, dem Kern der indirekten Besteuerung, insgesamt 4 Milliarden. Bei den

Verbrauchssteuern

würden die notwendigen Bedarfsartikel mit 500 Millionen ℳ belastet werden. In der dritten Grundve hat sich die Kohlensteuer vorzugsweise gut entwickelt. Ihr Jahreserträgnis ist 2 Milliarden. In den Kohlen liegen große Reserven für die gesamte Wiedergutmachung. Unter den entbehrlichen Genußmitteln ist das Branntweinmonopol schon ausgebaut. Die Weinsteuer bringt gute Erträge. Auch die Schaumweinsteuer ist während des Krieges erhöht worden ,und die Tabaksteuer durch die Julireform erledigt. Die Bierfteuer muß ebenfall entsprechend umgestaltet werden. Aus diesen Steuern können bei etwas besserer Ausgestaltung 2½ Milliarden gewonnen werden. Für die Verkehrssteuern ergibt sich unter Hinzurechnung des Ertrages der Grundwertsteuer ein Ertrag von rund 1000 Millionen ℳ. Die Erträge der indirekten Steuern und Zölle mit etwa 11 Milliarden ℳ werden nur einkommen, wenn sich unser Wirtschaftsleben etwas besser entfaltet.

Von der gesamten Steuerlast sollen nahezu 80 Prozent auf reine direkte Steuern, aber nur 40 Prozent auf Zölle und indirekte Steuern entfallen. 75 Prozent des gesamten Riesensteuerbedarfs sollen durch direkte Steuern oder solche indirekte Steuern aufgebracht werden, die größtenteils von den besser situierten Kreisen des Volkes getragen werden.

Schon von den ersten Tagen meiner Amtsverwaltung an habe ich die

reichseigene Steuerverwaltung

angestrebt, die eine logische Auswirkung der vollkommenen Verschiebung in unserem öffentlichen Bedarf ist. Damit wird das Problem der Übertragung von direkten Steuern auf das Reich gelöst. Reichsverfassung und Steuereinheit werden in Zukunft das deutsche Volk zu einer starken Einheit zusammenfassen. Es bedeutet für Länder und Gemeinden gewiß ein großes Opfer, auf das Erstverfügungsrecht bei den großen direkten Steuern zu verzichten. Durch das Landessteuergesetz wird eine neue Vermarkung des Erstreckungsbereichs der Steuergebiete zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vorgenommen. Die beiden letzteren werden zur Einführung einer Vergnügungsbesteuerung schreiten müssen.

Bei pflichtmäßiger Durchführung der Einkommenbesteuerung würden Länder und Gemeinden fast genau so viel bekommen aus der Einkommensteuer, als die sämtlichen Steuern in Reich, Ländern und Gemeinden vor dem Kriege betragen haben. Mit dem Prinzip der Zuschläge soll vollkommen gebrochen werden. Unzutreffend ist, daß Länder und Gemeinden auf steuerlichem Gebiet nur noch sehr geringe Selbständigkeit haben. Wirklich ist vielmehr die Masse ihrer Steuereinnahmen durch das Landessteuerungsgesetz gegen früher außerordentlich ausgewertet. Länder und Gemeinden werden infolge der Neuordnung viel größere Einkünfte aus den Steuern holen, als sie aus ihrer in Konkurrenz mit der Reichsbesteuerung stehenden eigenen Steuergesetzgebung hätten gewinnen können. Die neue Steuerverteilung erzielt Länder und Gemeinden bis zu einem gewissen Grade zur Sparsamkeit. Eine vollkommen neue Organisation des Erbschaftsapparates wird vorgenommen. Auch die Bequemlichkeit der Steuerzahler soll bei dieser Reform nicht vergessen werden.

Es sind schwere, fast allzuschwere Lasten, die unser Volk in Zukunft zu tragen haben wird.

Daß das Interesse der gesamten Bevölkerung dem einzelnen Interesse vorgeht, muß auch bei der Steuerreform der Leitgedanke sein. In der Zukunft wird die herrschende Note allein die Arbeit spielen, die uns nur aus dem Elend der Gegenwart herausführen kann. Die Steuerreform wird mitwirken an der großen Aufgabe, auf den Trümmer des Krieges ein neues Deutschland aufzurichten, den Sozialstaat der Zukunft.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.): Den mündlichen Darlegungen des Ministers konnten wir nicht so folgen, um jetzt in die Debatte eintreten zu können. Ich bitte, die Sitzungen morgen und übermorgen ausfallen zu lassen.

Reichsminister Erzberger: Meine Rede wird den Herren sofort gegeben.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, morgen um 1 Uhr die Beratungen fortzusetzen.

Abg Schulz-Bromberg (Dn.) stimmt dem Abg. Becker zu, auch wegen der Äußerungen des Ministers Hirsch im Reichsrat zu den Steuervorlagen, sowie der Stellungnahme einzelner Finanzminister, die meist keine Hetze wünschten.

Abg. Scheidemann (Soz.) schlägt vor, die Beratungen am Freitag fortzusetzen.

Abg. v. Raber (Dem.) und Abg. Trimborn (Ztr.) stimmen dem zu.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Fortsetzung.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 3. Dez.

(89. Sitzung.)

Am Ministertische: Hänisch.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 11,20 Uhr.

Die zweite Beratung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beginnt mit der förmlichen Anfrage Dr. Friedberg (Dem.) und Genossen über die

evangelische Kirchenverfassung.

Abg. Dr. Berndt (Dem.): Der Oberkirchenrat hat am 20. September der Generalsynode den Entwurf eines Kirchengesetzes über eine außerordentliche verfassunggebende Kirchenversammlung vorgelegt, der im Widerspruch zu der vorläufigen preußischen Verfassung bestimmt, daß bis zum Inkrafttreten der künftigen Verfassung die Rechte des landesherrlichen Kirchenregiments vom Oberkirchenrat unter Mitwirkung des Generalsynodevorstandes ausgeübt werden, und im Widerspruch mit den demokratischen Grundsätzen, daß die Wahlen zu der verfassungsgebenden Kirchenversammlung mittelbar unter Beschränkung der Wählbarkeit vieler Kirchenangehöriger erfolgen soll. Was wird die Regierung tun, um gegenüber diesem Entwurf die Freiheitlicher Religionsgesellschaften,

Abg. Dr. Reinhard (Dn.): Im Widerspruch mit der Reichsverfassung und dem Beschluß des Dresdner Kirchentages sind in unserm Haushaltsausschuß Stimmen erhoben worden, die den staatlichen Einfluß auf die evangelische Kirche aufrecht erhalten und die Handlungsfreiheit der Generalsynode einschränken wollen. Das hat große Beunruhigung hervorgerufen. Wir fragen die Regierung, ob sie die verfassungsmäßige Freiheit der Religionsgesellschaften schützen und der verfassungsgebenden Kirchenversammlung volle Handlungsfreiheit gewähren will.

In der allgemeinen Besprechung soll auch die Beantwortung der Anfragen erfolgen.

Abg. Dr. Wegscheider (Soz.): Wir wollen den Übergang von der zugrunde gehenden bürgerlichen zur neuen Kultur in ruhigen Formen. Wir verlangen daher auch nicht den sofortigen Ausschluß kirchlicher Aufgaben aus dem Staatshaushalt. Wir stehen auf dem Boden des Schulkompromisses, wonach die konfessionellen Schulen weiter ermöglicht werden, wenn wir es auch bedauern, daß das Kompromiß nötig wurde. Wir erstreben aber die Einheitsschule für das ganze Volk. Es liegt im Wesen der neuen Kultur, daß sich nicht einzelne Volksschichten voneinander absondern. Dazu bedürfen wir aber vor allem der Einheitsschule. Fragen sollten nicht nur im Ministerium, sondern auch in den Provinzialschulkollegien mitarbeiten.

Abg. Dr. Lauscher (Zentr.): Ich glaube nicht, daß wir uns heute zum letzten Male mit dem Kulturetat beschäftigen. In ihren Anforderungen wird sich die Kirche gewiß gern der Finanzlage des Staates anpassen. Überdies ist die Kirche die festeste Stütze für die Autorität des Staates.

Abg. Dr. Rade (Dem.): Wir bewilligen den kirchlichen Haushalt, aber wir bereiten gleichwohl die Trennung der Kirche vom Staate vor. Wir erstreben durch die Trennung nicht das Aufhören aller Wechselbeziehungen, sondern die Beseitigung der Staatskirche als solcher und damit einen Zustand, der einen Kulturkampf unmöglich macht. Wir wollen eine in sich selbständige Volkskirche. Darüber müssen wir uns verständigen. Der großen Verantwortung für die Übergangszeit muß sich der Minister bewußt sein. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Dr. Klingemann (Dn.): Jetzt handelt es sich für die evangelische Kirche um die Beratung ihrer künftigen Verfassung. Das ist ihre eigene Sache, und wir müssen daher jede Bemühung dieser Tätigkeit als einen Eingriff in die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche zurückweisen.

Minister Haenisch: Es wäre nicht zweckmäßig, jetzt eine allgemeine große Religionsdebatte zu entfesseln. Jetzt ist es unter den Koalitionsparteien notwendig, das zu betonen, was sie einigt, nicht, was sie trennt. Die Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze wäre jetzt geradezu ein Verbrechen. Nachdem das Schul- und Kirchenkompromiß von Weimar Gesetz geworden ist, werde ich es in loyalster Weise durchführen. Ich bitte die katholische Kirche, davon Akt zu nehmen. Die Auseinandersetzung wird unter denkbar größter Schonung der kirchlichen Interessen erfolgen. Die Kirche wird auch in der Steuergesetzgebung nicht anders behandelt werden, als andere Körperschaften des öffentlichen Rechts. Ich hoffe, daß die Trennung von Kirche und Staat sich im Geiste der Versöhnlichkeit vollziehen wird. Was die künftige Kirchenverfassung anlangt, so wünschen wir, daß nach Möglichkeit Konflikte vermieden werden. Entsprechende Vorlagen werden der Landesversammlung demnächst gemacht werden. Die Einberufung der Generalsynode haben die drei Minister in Evangelicis gerade deshalb versprochen, um Konflikten vorzubeugen.

Abg. Dr. Völitz (Dn.): Im vaterländischen Interesse werden wir unsere Stellungnahme von Fall zu Fall nach sorgsamer Erwägung einrichten. Der Minister ist belastet durch seine Vergangenheit, nicht als Abgeordneter, aber als Mitinhaber des Ministeriums Haenisch-Hoffmann. In den Schulfragen erscheint es uns als sehr bedenklich, daß die Parteipolitik in den Vordergrund gedrängt wird. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei darf unter keinen Umständen zur Voraussetzung für die Besetzung eines Amtes werden. Ebensowenig darf auch jemand wegen seiner politischen Gesinnung vom Lehramt entfernt werden. Wir brauchen eine gute Kulturpolitik. Wir sind auf dem Wege zum Einheitsstaat und sind damit einverstanden.

Abg. Prells (Dtsch.-Hannov.): Wenn an die Stelle der christlichen Ethik eine neue Kultur treten soll, so sage man uns doch, was man darunter versteht. Die christliche Kultur hat unser Volk groß gemacht. Wer Deutschland wieder aufbauen will, muß daher vor allem die christliche Religion schützen. Das Erziehungswesen muß auf christlicher Grundlage aufgebaut werden.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.): Wir müssen uns dagegen wehren, daß die Kirche Schritt für Schritt aus dem Schulwesen herausgedrängt wird. Es wird uns nicht leicht gemacht, in der Koalition zu verbleiben, wenn wir Zug um Zug niedergerimmt werden. Das Weimarer Schulkompromiß werden wir loyal halten, wollen es aber naturgemäß nicht durch unrichtige Auslegung entwerten lassen.

Donnerstag 11 Uhr Fortsetzung.

Schluß 7 Uhr.

Provinz und Umgegend.

h. Halle, 2. Dez. Die gestrige Stadtverordnetensitzung beschloß einstimmig, nicht nur an heimgekehrte Kriegsgefangene, sondern auch an heimgekehrte Zivilgefangene Beihilfen bis zu 600 ℳ zu gewähren. Der von den U. S. P.-Fraktion gestellte Antrag, den Arbeitern derjenigen Betriebe, die infolge Kohlenmangels schließen müssen, eine erhöhte Erwerbslosenunterstützung zu gewähren, wurde nach lebhafter Aussprache dem Magistrats-Ausschuß überwiesen. Der Antrag auf Gewährung einer Aufbesserung der Pension für städtische Beamte wird angenommen, desgleichen der Antrag, zur Unterstützung der verdrängten Elsässer 10 000 ℳ zu bewilligen. Zur Ausstattung des Stadtkrankenhauses werden 35 000 ℳ bewilligt. Ein Antrag, die Kinos wegen Kohlenmangels zu schließen, wurde als für bedenklich erachtet und abgelehnt, weil z. B. Sonntags 25 000 und Wochentags etwa 15 000 Menschen dort Zerstreuung suchen, dagegen wurde der Antrag, die Kinos in städtische Verwaltung zu übernehmen, von dem Magistrat vorbereitende Schritte einzuleiten habe, dem Sozialisierungs-Ausschuß überwiesen. Ein Antrag der U. S. P. auf Kommunalisierung der Polizei wird für gegenstandslos erklärt, da die Polizei Sache des Staates sei.

Die Abendburg.

Chronika eines Goldsuchers in zwölf Abenteuern.

Von Bruno Wille.

15. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Sie hatte eine wunderfame Erwartung vom Johannisbade, das sie dem Teiche Bethesda verglich. Die den Teich Bethesda ein Engel vom Himmel besuchte und mit Heilkraft erfüllte, die versammelten Kranken schlug zu machen, so sollte nach Elfriedens Wunsch der heilige Täufer Johannes aus dem Sonnenuntergange habergeschwebt kommen und den warmen Brunnen mit segnender Hand bewegen. Wie wir aber vorhin, nachdem wir lange in einem Gedränge von Menschen harren gemußt, endlich in das Weiberbad eingelassen worden, ist meinem Kinde, dem schon von der lärmenden Menge die Andacht verscheucht worden, die letzte Neigung zum Baden vergangen. Bedende Gänse benehmen sich adlig neben diesem Haufen von Leuten, so eine ander zu verdrängen suchen, um eine gute Stelle zum Auskleiden zu ergattern und unter den Ersten ins Wasser zu kommen. Wie wir das Stoßen und Schelten, das trübe Wasser, das haufenweise Hineinplatschen der Leiber, das Kreischen und Plätschern wahrgenommen, sind wir durch einen Blick einig worden, hingeborkt hinüberzugehen. Wie töricht ist doch wohl der Glaube, denn wir bis Dato selber geduldigst, zur Sonnenwende St. Johannis bringe Warmbrunn in einer Viertelstunde mehr Heilung als sonst in einem Badeleben von mehreren Wochen. Nunmehr sind wir entschlossen, morgen heimzureisen und meinen Eheherrn um die Erlaubnis zu bitten, uns später einmal zur längeren Kur nach Warmbrunn zu beurlauben.“

Dunkel ward indessen worden, schwarz lag das Gebirge. Funken taumelten durch Laub und Halme — schwärmende Leuchtkäferlein.

„Schau, Mutter!“ rief Elfriede in froher Aufregung, blieb stehen, indem sie meinen Arm losließ, und deutete nach dem Kynast; „das erste Johannisfeuer!“ In der Tat leuchtete es auf dem Turme der Veste, „Zur Linken noch eins!“ sagte Elfriede hinzu; „am Seidorfer Brünnel muß das sein; und dorten, ganz oben, wohl bei einer Baude!“

„Ich sehe eines über Petersdorf,“ sagte ich; „das ist bei den Wachsteinen; desgleichen oben am Schwarzen Berge flackeln sie; das muß Schreiberhauer.“ Und nun erglommen immer häufiger, immer lichter die Johannisfeuer in den düsteren Bergen, ähnlich wie Sterne am Nachthimmel erblühn. So auch in mir jene köstlichen Freudenfeuer, mit denen das Herz seine erwachte Liebe feiert.

Es war mir leid, daß Preisklers bereits am nächsten Morgen nach Schreiberhau heimkehren wollten. Da ich zu dieser Zeit von meinem Amte in Anspruch genommen war, sagten wir einander gleich auf der Stelle Valet. Ich drückte der Jungfer Hanne „Auf gute Genesung — und Wiederschaun!“ — Sie lächelte traurig: „Weiß Gott!“ — Ich versuchte zu scherzen: „Auf Wiederschaun beim Tanzel“ Stimend nickte sie und tat einen Seufzer: „Auf Krücken vielleicht.“

Seit dieser Zeit ist ein süßes Weh gleich dem duftigen Hauch einer wunderbaren Blume gekommen, so oft ich in stiller Stunde Elfriedens gedachte. Manch Gespräch voller Andeutungen unserer Herzensverfassung hat sich zwischen und in meinen Träumereien begeben, und als höchstes Glück deuchte es mich, im Mondenschein der Zinnnacht Elfriedens an meiner Seite zu haben, ihr köpfchen an meine Schulter gelehnt.

Mit Sorge und Gram aber hat es mich erfüllt, da ich aus einem Briefe meines Oheims vernommen, mit Preisklers Gattin sei es schlecht bestellt, und nunmehr sie gar nicht mehr gehen könne. Hierauf habe ich in der Bücherei des Herrn Schaffgotsch Schriften nachgeschlagen, so von Körpergebrechen und ihrer Heilung handeln. Da ist mir eine Historia von der Kraft des Antimonii begegnet. „Ich bekam“, so erzählt ein Medikus, „überaus großen Schmerz in meinem linken Arm, daß ich den lieben Gott wohl tausendmal gebeten, er möge mich doch endlich empfinden lassen, so ich einem Menschen zuvor, so ein einzig Viertelstündlein schmerzlos wäre. Rat hab ich bei Gelehrten und Ungelehrten gesucht; hat alles nichts helfen wollen. Recht hinkermäßig ward ich gemartert mit Fontanellen auf beiden Armen und Quacksalbereien, bis endlich ein Offizier antriet, ich solle täglich eine Prise Antimoniumpulver einnehmen und allmählich dies Quantium derart vergrößern, daß ich in Schweiß komme, ohne Unlust zu empfinden. Das ich bei des Offiziers Ratschlag befolgte, hatte ich nicht zu bereuen, da ich durch fortgesetztes Einnehmen dieses Medikamenti meine Glieder von Schmerz und Lahmheit befreite.“

Mich brachte dieser Bericht in Aufregung und Ungebuld. Hätte am liebsten sogleich aus der Hirschberger Apotheke Antimon geholt und mich nach Schreiberhau begeben, meine Elfriede zu heilen. Doch war mir bekannt, daß Antimonium ein Gift, und so besorgte ich, die Patientin könne Schaden nehmen.

Nachdem ich etliche Wochen in Schwanken zugebracht, traf es sich, daß ich auf einem Botengange zu Herischdorf in eines Schreiners Stube ein artig Mägdlein fand, so nicht von ihrem Stuhle aufstehen konnte und Krücken neben sich hatte. Als ich mich nach der Patientin erkundigte, hub der Schreiner an zu seufzen, das Kind sei seit dem fünften Jahre lahm, und es werde auch noch mit den Händen lahmen. Traurig lächelnd sagte der Vater zum Mägdlein, es solle mit doch weisen, was es in der Hand halte, und da sahe ich, wie es vergebens sich mühte, die Hand aufzutun, deren Finger zusammengekrümmt übereinander lagen.

Ich dachte an mein Antimonium und fragte den Schreiner, ob er es mit einem Mittel versuchen wolle, vor dem ein berühmter Medikus großen Erfolg versprehe. Er brauche dann nur aus der Apotheke pulvrisiertes Antimonium zu holen, so viel wie eine Nuß; das werde mit aller Sorgfalt die Kur leiten und seinem andern Lohn erwarten als die Freude, einem armen Menschenkinde geholfen zu haben.

Der Mann betrachtete mich von oben bis unten und schüttelte den Kopf, ließ sich aber den Namen des Medikamenti auf einen Zettel schreiben und war am nächsten Sonntag bei mir mit dem Pulver, das er richtig in der Apotheke erhalten hatte. Das erste, was ich tat, war, das Pulver in winzige Prisen zu teilen, die ich durch Wägen auf einer Feinwage gleichmachte. Alsdann nahm ich, um die Wirkung des giftigen Stoffes zu erproben, nüchternen Magens eine Prise ein. Da fie in keiner Weise Schaden brachte, nahm ich des andern Tages zwo Prisen und verspürte nach etlichen Stunden einen leichten Schweiß. Verfertigte nun aus den Prisen unter Beigaben von Brotkrumen Pillulen und ging nach Herischdorf zum lahmen Mägdlein. Den Eltern schärfte ich ein, es solle die Patientin am nächsten Morgen eine Pille, zum Frühstück deren zwo erhalten. Als ich wiederkam, vernahm ich, es habe sich keinerlei Wirkung gezeigt. Da ordnete ich für jeden Morgen drei Pillen an — worauf Patientin stark schwitzete. Mein Spruch lautete, es solle mit dem Eingeben fortgefahren werden.

Wie groß war meine Freude, als sich von Woche zu Woche des Mägdleins Befinden besserte. Nach zween Monden stund es vor der Hausstüre und, mein anfichtig, ließ es seine Krücken fallen und hüpfte freudestrahlend auf mich los, um meine Hand zu küssen. Mir gingen darob die Augen über, besonders auch, weil ich nun ein Mittel zu haben glaubte, meine liebe Elfriede gesund zu machen.

Selbigen Tages schrieb ich an die Preisklers, teilte ihr die gange Geschichte mit und erbot mich, ihre Tochter zu behandeln. Es kam jedoch anders als ich erhofft.

Denn wie ich den Sonntag darauf meine Eltern in Hirschberg besuchte und bei dieser Gelegenheit aus der Apotheke Antimoniumpulver gekauft hatte, fand ich auf dem Marktplatze einen Auflauf. Um einen rund- oder ovalförmigen, ummauerten Platz herum, „Von Liegnitz her“ Reiter drängte sich die Menge, seinem Bericht zu lauschen, und da ich ziehet feindlich Volk gen Hirschberg, grausame Kosaken, gnade uns Gott!“

Wie ich nach Hause kam, standen vor der Türe meine Eltern und redeten mit Nachbarn in ängstlicher, aufgeregter Weise. Bald eilten Bürger mit Büchsen und Säbeln bewaffnet durch die Gassen, und es hieß, die Stadttore seien geschlossen, nachdem man etliche Haufen flüchtender Landleute nebst ihrem Vieh aufgenommen habe. Als ich mich in der Stadt umschaute, fand ich den Ring und andere Plätze zu Lagern hergerichtet, wo die Flüchtlinge nebst ihrem Vieh und anderer beweglichen Habe kampierten. Die Stadttore waren verrammelt, die Zugbrücken emporgezogen und die Wassergräben gefüllt. Auf den Wällen tummelte sich bewehrte Bürgerschaft, lud Kanonen und Musketen und war so gut auf dem Posten, daß die herausstutzenden Reiterschwärme nach Empfang etlicher Salven flugs zerstoben und in weiten Bogen die Stadt umtreisten, endlich, da sie alles wohl verwahrel fanden und auf eine Belagerung nicht eingerichtet waren, das Weite suchten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191205-18/fragment/page=0005

† **Magdeburg, 3. Dez.** In der Nähe des Bahnhofs Osterweddingen bei Magdeburg wurde auf einem Bahnübergang ein Fuhrwerk von einem Zuge überfahren. Der Wagen wurde völlig zertrümmert. Die Insassen, eine Frau Oberamtmann Schaeper, deren Kutscher und ein Fellmacher Müller wurden sofort getötet, während der Frau des letzteren ein Bein abgefahren wurde.

† **Heiligenstadt, 3. Dez.** In Hohberge, in einem von Menschen selten betretenen Teile des Waldes in der Nähe des Rittergutes Rothenbach und der weltbekannten Burg Hanstein, wurde die Leiche eines Mannes gefunden. Die herbeigerufene Gerichtskommission stellte fest, daß ein Raubmord vorliegt. Der Tote hatte am Halse noch das Tuch, das der Mörder mit einem Stemmeisen zugedreht hat. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß ein Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattgefunden hat. Uhr und Geld wurden bei der Leiche nicht mehr vorgefunden. Der Tote dürfte schon seit Mitte Oktober im Gebüsch gelegen haben, denn Gesicht und Hände waren schon angefressen. Aus den Papieren ergibt sich, daß der Ermordete der Reisende Jakob Laib Baiser aus Hannover ist.

† **Jena, 3. Dez.** Im neuen Gemeinderat verteilen sich die Sitze wie folgt: Demokraten 3, Mehrheitssozialisten 7, Unabhängige 3, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei zusammen 7.

Merseburg und Umgegend.

4. Dezember.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Mündelsicherheit der Sparprämienanleihe.** Von manchen Seiten wird die Mündelsicherheit der Sparprämienanleihe in Zweifel gezogen. Das Reichsjustizministerium hat nunmehr sein Gutachten dahin abgegeben, daß bereits nach den bestehenden Vorschriften die Deutsche Sparprämienanleihe 1919 mündelsicher ist.

** **Erhöhte Telegraphengebühren im Auslandsverkehr.** Vom 1. Dezember ab wurden die Telegraphengebühren für den Verkehr mit dem Auslande erhöht, wozu die Reichspostverwaltung durch das Sinken der deutschen Valuta genötigt ist, die zwingt, den Frank mit 2,80 ℳ zu rechnen. Die Gebühr für das Wort im Verkehr mit Ungarn wird gleichfalls erhöht, und zwar von 55 auf 70 ₰.

** **Postalisches.** Von jetzt ab können wieder Postpakete mit und ohne Wertangabe, aber ohne Nachnahme und Zollfrankzettel, nach Italien ausgeliefert werden; außerdem sind Pakete nach den von den Italienern besetzten Orten des Trentino, sowie von Istrien, Dalmatien und den Curzelart-Inseln zulässig. — Bei Postfrachtstücken nach Dänemark, Norwegen, Schweden und der Schweiz ist zur Annäherung an den Kursstand der deutschen Mark der deutsche Gegenwert für die fremden Gebühren erhöht worden. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

** **In das Vereinsregister des hiesigen Amtsgerichts eingetragen** ist am 15. November d. J. der Evangelische Männer- und Jugendverein zu Merseburg mit dem Sitze in Merseburg. Die Eintragung ist durch den Erwerb des Grundstücks An der Geisel Nr. 5 seitens des Vereins notwendig geworden.

** **Weihnachtsliebesgaben für die Internierten von Scapa Flow.** Die Angehörigen des ehemaligen Internierungsverbandes in Scapa Flow werden vorläufig von der englischen Regierung zurückgehalten. Sie haben bei der Versenkung der Flotte nahezu all ihr Hab und Gut verloren und entbehren das Notwendigste. Die Versendung von Liebesgaben zum Weihnachtsfest vermittelt das Rote Kreuz in Frankfurt am Main, Zeil 114.

** **Einziehung des Notgeldes.** Eine Ministerialbekanntmachung bestimmt: Die von Gemeinden (Städten, Bezirken, Kreisen) und Industrieunternehmungen ausgegebenen Papier-Notgeldscheine zu 50 ₰ sind zur Einziehung und Einlösung bis zum 1. Januar 1920 aufzurufen. Die eingezogenen Ersatzwertzeichen sind, sofern nicht einzelne Stücke an staatliche Sammlungen oder ernsthafte private Sammler abgegeben werden, zu vernichten. Wegen der Beschaffung der zur Einlösung erforderlichen Bestände haben sich die Gemeinden (Städte, Bezirke, Kreise) und Industrieunternehmungen, soweit erforderlich, mit den Reichsbankstellen rechtzeitig ins Benehmen zu setzen. Die Bestimmung eines allgemeinen Zeitpunktes zur Einziehung des Metall-Notgeldes zu 50 ₰ bleibt vorerst ausgesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß seinerzeit auch hierfür ein möglichst naher Zeitpunkt festgesetzt werden wird.

** **Kriegshinterbliebene oder Kriegerhinterbliebene.** Wir möchten an dieser Stelle auf einen sprachlichen Fehler aufmerksam machen, der schon droht, sich in allgemeinen Sprachgebrauch festzusetzen. „Kriegshinterbliebene" sind wir alle, d. h. wir sind Hinterbliebene des Krieges. Wir wollen aber mit diesem Worte alle jene umfassen, die ihren Ernährer im Kriege verloren haben. Darum muß es heißen: Die Hinterbliebenen der Krieger, d. h. also im abgekürzten Sprachgebrauch „Kriegerhinterbliebene".

** **Neue Briefmarkenhefte** wird die Reichspostverwaltung demnächst ausgeben. Der Preis bleibt wie bisher 3 ℳ. Die Anordnung der Marken ist geändert, die Freimarken zu 7½ ₰ fallen fort, die Hefte enthalten dafür je sechs Marken zu 5, 10, 15 und 20 ₰. Die neuen Geldanweisungen werden ebenfalls demnächst ausgegeben werden, sie enthalten als Neuerung eine Aufforderung auf der Rückseite zum Beitritt in den Postscheckverkehr. Die neuen Briefmarkenwerte, die durch die Erhöhung der Tarife zur Einführung gekommen sind, werden am 1. Dezember in Gestalt neuer Marken zur Ausgabe kommen. Es handelt sich hier namentlich um eine Reihe höherer Werte über eine Mark zur Frankierung von Paketen und Versendungen. Verschiedene Markensorten, wie z. B. 3 ₰, 7½ ₰, 25 ₰ usw. kommen fortan in Wegfall. Die neuen Postkartenformulare und Rohrpostvordrucke werden ebenfalls bald in den Verkehr gebracht, so die neue 15 ₰-Postkarte. Als Kuriosum sei mitgeteilt, daß alle künftigen deutschen Briefmarken durch die Zahl 5 teilbar sind.

** **Alkohol und Weltkrieg.** Eine soeben erschienene amtliche Nachweisung berichtet über den Einfluß des Weltkrieges auf den Bestand der Gast- und Schankwirtschaften, der Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus und der alkoholfreien Wirtschaften in Preußen. Die Gesamtzahl der Wirtschaften betrug danach 1913 = 133 202 und Ende 1918 = 123 155; der Rückgang beträgt also 10 047; die Provinz Sachsen ist daran mit 606 beteiligt. Die alkoholfreien Wirtschaften sind in geringer Zahl von 9377 auf 9592, also um 215 gestiegen. Am zahlreichsten sind sie im Rheinland mit 3387 vertreten. Die Gesamtzahl der vier genannten Wirtschaftsbetriebe betrug in der Provinz Sachsen 1913 = 17 732 und 1918 = 17 126. Auf die Regierungsbezirke verteilt ergibt sich folgendes Bild: Magdeburg 7057 : 6341, Merseburg 7854 : 7562, Erfurt 2821 : 2723. Die alkoholfreien Wirtschaften sind in der ganzen Provinz Sachsen im Verlaufe der fünf Jahre 1913—1918 von 516 auf 551, also um 35 gestiegen.

O. **Ermlitz, 4. Dez.** Der Witwe Zimmermann, die vor nicht zu langer Zeit ihren Mann durch einen tödlichen Unfall verloren hat, entwendeten Einbrecher 4 Gänse und 6 Hühner. Leider fehlt von den Dieben jede Spur. — Die Viehzählung ergab in der Doppelgemeinde Ermlitz-Rüssen (ohne Gutsbezirk) folgendes Resultat: 79 Haushaltungen mit Vieh, 50 Pferde, 63 Rinder, 17 Schafe, 165 Schweine, 131 Ziegen, 152 Kaninchen und 886 Stück Federvieh. — Das offene Wetter der letzten Tage hat die Zuckerrübenernte recht gefördert, hoffentlich bleibt das Wetter noch länger gut, damit diese Ernte nun ohne Unterbrechung zu Ende gebracht werden kann.

Weihnachts-Ausstellung Carl Stürzebecher.

Fleischverkauf auf der Freibank
findet am 5. Dezember 1919
vorm. von 8—9 Uhr auf die Ordnungsnummern 701—800
„ „ 9—10 „ „ „ „ 801—900
statt.
Merseburg, den 4. Dezember 1919.
Das städtische Lebensmittelamt.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf
findet am 5. Dezember d. Js.
bei Möbius, Kleser Keller Nr. 1
nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 3901—4000
„ „ 3—4 „ „ „ „ 4001—4100
bei Hoffmann, Brühl 6
nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungs-Nummern 4101—4200
„ „ 3—4 „ „ „ „ 4201—4300
„ „ 4—5 „ „ „ „ 4301—4400
„ „ 5—6 „ „ „ „ 4401—4500
statt auf Feld Nr. 3 der Roßfleischkarten.
Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.
Merseburg, den 4. Dezember 1919. L A I 1152. 19.
Das städtische Lebensmittelamt.

Verkauf von Heeresgut
Am Sonnabend, den 6. Dez. von vorm. 9 Uhr, ab werden ab Lager Postbaracke des früheren Gef.-Lager Merseburg, Hallesche Straße, verschiedenes Mobiliar z. B. Nachtschränkchen, lange Baracken-Tische rc. gegen Barzahlung verkauft. Reichsverwertungsamt, Zweigstelle Halle.

Von Sonnabend, 6. d. M. ab steht ein großer Transport prima
Ostfriesisches Milchvieh
bei mir zum Verkauf. Empfehle selbiges besonders preiswert.
H. Heydenreich, Crumpa b. Mücheln.
Telephon 39. — Telephon 39.

Mehrere Fuhren
Heu
kauft
Menschauer Mühle.

Geldschränke, Kassetten Mauerschränke sof. lieff. Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Ausgekämmtes
Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Klinge, Bahnhofstr. 8a

Aufruf!
An die ganze Bevölkerung von Merseburg!
Wer alte künstliche Zähne, sowie ganze zerbrochene Gebisse hat, bringe sie mir.
Kaufe nur Sonnabend, den 6. Dezember 1919,
und zahle pro Zahn 3 bis 30 Mk., jedoch ganze Gebisse in Platin und Gold bis 500 Mk., auch Brennstifte bis 50 Mk., sowie Platinabfälle in jeder Form bis 85 Mk. das Gramm.
Kaufe auch außer Kurs gesetzte Gold- und Silber-Münzen.
Einkauf findet statt im Hotel „Zur Goldenen Sonne" am Markt 14 von früh 9 bis nachmittags 3 Uhr.
Zahnärzte und Händler erhalten besondere Preise.

Altes Gold und Silber
kaufe
jedes Quantum und zahle die höchsten Preise
Theodor Kraft, Uhrmacher, Gotthardtstraße 13
Telephon Nr. 628.

Kinder- und Mädchen-Mäntel
aus Tuchstoffen, Plüsch und Astrachan
Knaben-Pyjacks, -Paletots, -Ulster
in allen Größen und vielen Qualitäten zu sehr billigen Preisen bei
Otto Dobkowitz
Merseburg.

Frische
Rotzunge
empfiehlt
Emil Wolff, Roßmarkt

Rotkohl
im ganzen und einzeln billigst.
Fr. Frengang,
Gr. Ritterstr. 7. Telephon 424.

Frisch eingetroffen:
* Ia Wirsing *
Porree
Weiß- u. Rotkohl.
Gemüsehau Rischmühle

Futterrüben
wieder eingetroffen bei
E. Weisbahn,
Neumarkt 39. Fernruf 486.

Starker
Mantelstoff
für Kindermäntel,
130 cm breit, a Meter 40 Mk.,
empfiehlt
Rudolf Krämer,
Merseburg, Christianenstraße 7.

Eine Ladung
bayerische Christbäume
sowie frische bayerische Edeltannen u. Deckreisig
trifft Freitag, den 5. d. M., ein.
Richard Plötner,
Gasthof „Alte Post".

Tanzschule Hünicke-Hölzer
Männer-Gesangverein
Dienstag, den 9. d. Mts., 7 Uhr, im „Neuen Schützenhaus" findet bestimmt die nächste
Doppel-Tanzstunde statt.
Wir bitten um pünktliches Erscheinen. Der Unterricht findet aber nur für die zahlenden Teilnehmer statt.

130 cm breit. starker **Wollfries**
für Fenster-Mäntel und Portieren
vorrätig in bordo und grün, per Meter Mk. 30,—
bei **Otto Dobkowitz.**

Kreisabdeckerei Merseburg
zahlt für
Ochsenkadaver bis zu 800 Mark,
Kuhkadaver „ „ 500 „
Pferdekadaver „ „ 400 „
für kleinere Viehkadaver je nach Größe!
Fernsprecher 308.
Schillinger.

Am Bahnhof Frankleben.
Sonntag, den 7. Dezember, abends ½8 Uhr kommt
Paul Meyers lustige Bühne wieder.
Zum ersten Male! Die Operettenposse:
Los vom Weibe!
Größter Lacherfolg! Überall ausverkaufte Häuser!
Nachmittag 4 Uhr:
Das gute Trinerl und die böse Lilli!
Eintrittspreise: Vorverkauf im Theaterlokal und an der Abendkasse: 1. Platz 1.75, 2. Platz 1.25; an der Abendkasse: 1. Platz 2.—, 2. Platz 1.50. — Kassenöffnung ½7 Uhr.

Merseburger Rudergesellschaft.
Freitag, den 5. Dezbr. d. J., abds. 8¼ Uhr,
Mongtsversammlung
im Bootshause
Der Vorstand.

Kaninchenzüchter-Verein
Merseburg und Umgegend
Freitag, den 5. d. Mts., abends 8 Uhr
: Versammlung :
in der „Funkenburg". Ausstellungsausschuß und Vorstand erscheinen um 6 Uhr. Tagesordnung u. a. Verteilung von Kleie. Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Achtung!
Frisch eingetroffen:
echter Nordhäuser Kautabak
guter Rauchtabak
Zigarren :-: Zigaretten
sowie Schnupftabak
alles zu billigsten Preisen
Franz Sixtus
Leuna
Zigarren- und Friseurgeschäft.

Brikets
im Einzelnen gibt ab
Hallesche Straße 75.

Frauen und Mädchen
aller Stände, welche gesund und schön werden u. bleiben wollen, belieben Adresse zu senden unter „Leben und Gesundheit 3" Berlin S W 13 postlagernd.

Nach Leipzig
wird in den nächsten Tagen Fracht mitgenommen und — zurückgebracht.
Umgehende Offerten unter 1480 an die Expedition dis. Blattes.

Tivoli-Theater Merseb.
Direktion: A. Dechant.
Freitag, den 5. Dez. 1919, abends ½8 Uhr:
Zum 1. Male!
Die Rutschbahn.
Schwank in 3 Akten von Gordon u. Götz.

Merseburger Schwimmerschaft.
Freitag, den 5. Dezember 1919, abends 8 Uhr, im „Preußischen Adler":
Monats-Versammlung.
Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.

Freitag, den 5. November, abends 8¼ Uhr:
General-Versammlung
im „Casino".
Da wichtige Punkte zur Beratung stehen, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Bergschlößchen
Montag
Kegelbahn frei!

Rein orient. Zigaretten
rein goldgelbe Ware ohne Kork- u. Goldmdst. p. 1000 M. 280.
„ „ „ „ und mit „ „ 1000 „ 250.
„ „ „ „ Mundstück „ „ 1000 „ 210.
„ „ „ „ „ „ „ 1000 „ 160.
„ „ „ „ „ „ „ 1000 „ 150.
Englische Zigaretten zu Tagespreisen versendet gegen Nachnahme ab Leipzig
Curt Brand, Leipzig, Grimmaischer Steinweg 20.
Großhandel in Tabakfabrikaten. — Fernsprecher 3720.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191205-18/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk., durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk., durch die Post 4,80 Mk. einschließlich Bestellgeld, durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 45 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg., für Ziffernanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Klapptarifen ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags. Telefon Nr. 324.

Nr. 276 — Freitag, den 5. Dezember 1919 — 46. Jahrg.

Demokratie, Schule und Universität.

Mit dem Wesen der Demokratie ist die Aufklärung untrennbar verbunden. Wir müssen der heranwachsenden Jugend unbedingt den Einblick in das demokratische Staatsgefüge zu erleichtern suchen. Das alte System hat bisher in Schule und Universität lediglich darauf gesehen, daß nur die damals noch allein seelig machende Lehre vom alten Obrigkeitsstaat gepredigt wurde. Es hat nicht nur Vertreter, die das Wesen der Demokratie lehren zu müssen glaubten, von den Lehrstühlen vertrieben, sondern es hat sogar Männer, wie den jüngst verstorbenen Dr. Arons, nicht als Lehrer geduldet, einfach aus dem Grunde, weil er anderer Anschauung war, als die damals herrschende, obwohl er als Physiker gar nicht in die Lage kam, seine Auffassung von der Universität aus zu verbreiten. Wir dürfen nicht in den Fehler des alten Systems verfallen und Männern der Wissenschaft das Recht, zu lehren, entziehen, weil sie nun vielleicht Monarchisten oder Deutschnationale sind. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Demokratie die politische Freiheit des einzelnen in keiner Weise antasten darf. Dagegen aber muß sich die Demokratie mit aller Entschiedenheit wehren, daß die Lehrer, ganz gleich, ob in Volksschule, Hochschule oder Universität, ihre Stellungen ausnutzen, um reine Parteipolitik zu treiben. Wir wollen von den Kindern jede Parteipolitik fernhalten, aber auch die Studenten sollen nicht von den Kathedern aus mit parteipolitischen Phrasen infiziert werden, die sich in ein wissenschaftliches Gewand hüllen. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, das Wesen der Demokratie wissenschaftlich nach allen Seiten durchleuchten zu lassen. Die Professoren, die sich mit solchen Fragen befassen, brauchen mit einer Kritik der Demokratie keineswegs zurückzuhalten, sie brauchen auch keine Angst zu haben und keinerlei Befürchtungen, daß ihnen deshalb irgend etwas geschieht. Es ist aber unmöglich, daß solche Zustände geduldet werden, wie sie sich jüngst auf der Universität Marburg zugetragen haben. Dort hat der Professor Träger in seinem Kolleg über die Grundlagen der Politik das Katheder dazu benutzt, nicht um etwa eine wissenschaftliche Kritik zu üben, sondern um reine Parteipolitik in einer Art zu treiben, wie sie von gewissen Parteien der Rechten in Volksversammlungen getrieben wird. Ein junger Demokrat hat sich auf dem Berliner Parteitage dagegen gewandt. Was ist die Folge? Der demokratische Student soll gemaßregelt werden. Und das ist geschehen im Jahre des Heils 1919 in Preußen. Wir fragen deshalb: Was gedenkt der Herr Kultusminister dagegen zu tun? Wie wir erfahren, wird eine Nachprüfung des gegen diesen Studenten durchgeführten Beschlusses gründlich vorgenommen werden. Wir fragen aber weiter: Was wird aus dem Professor, der in solch übler Weise seine Kollegs mit Agitationsversammlungen verwechselt? Hierauf muß eine klare Antwort gegeben werden.

Friedensfragen.

Die Stellungnahme der deutschen Regierung zur letzten Note Clemenceaus.

Wie wir von amtlicher Stelle erfahren, beabsichtigt die Reichsregierung, auf die letzte Note Clemenceaus nicht schriftlich zu antworten, weil sie eine gleiche Schärfe des Tones vermeiden will und durch mündliche Verhandlungen im Interesse unserer Kriegsgefangenen rascher zum Ziele zu kommen hofft. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat daher bereits neue Instruktionen erhalten, die Besprechungen mit der Entente, die Herr v. Simson abgebrochen hat, wieder aufzunehmen. Voraussichtlich werden in der nächsten Zeit auch neue Sachverständige nach Paris fahren.

Zur allgemeinen Beurteilung der Note Clemenceaus wird darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Vorwürfe bereits in der Note vom 1. November enthalten gewesen und damals schon von uns widerlegt sind. Die Entente hat am 29. August die Auslieferung unserer Kriegsgefangenen versprochen und hat die Zurücknahme dieses Versprechens abhängig gemacht davon, daß auf deutscher Seite

gegen den Waffenstillstandsvertrag verstoßen

werde. Darunter werden die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow und die Zerstörung der deutschen U-Boote gerechnet, beides Vorfälle, die längst vor dem 29. August geschehen waren, der Entente also bekannt waren, als sie die Zusage zur Herausgabe unserer Kriegsgefangenen machte. Und das Baltikum? Wir verzeichnen hier das Eingeständnis der Entente, daß ein „non liquet" vorliege, bis die Kommission ihren Bericht abgegeben hat. Daneben bleibt [illegible] seine Verfassung immer [illegible]rken, daß nicht auch der [illegible] Protokolls erst 14 Tage [illegible] selbst verpflichtet sind, [illegible]ung des Artikels 61 der [illegible]ung vornehmen zu lassen. [illegible] Richtungen bisher erfüllt. [illegible]vertrage sind gegenüber [illegible] Abst die französische Re[illegible]mußte, sie gebe zu, daß [illegible] nicht vorliege. Die [illegible]en Friedensvertrag ratifizieren [illegible]führen dieses Zustandes

Oktober Bollmacht,

[illegible] Veränderung eingetreten. [illegible]ll zu unterzeichnen, das [illegible]

[illegible]wang, im letzten Augenblick auf unser Kriegsge[illegible] verschleudern und auch [illegible] Kriegszustand auf unsere [illegible]

[illegible]ßeren Gelegenheiten er[illegible] Friedensvertrag feinesfalls [illegible] die Entente aufmerksam [illegible]ie aus der Auslieferung [illegible]er Entente den Vorschlag [illegible]te zu stellen unter Wah[illegible]s die Schmach der Aus[illegible]ie auf diese Bitte nicht [illegible]cht glauben will, daß sie [illegible]tigung Deutschlands bis

Neueste Nachrichten.

Das Eintreffen deutscher Zivilgefangener aus Indien.

Rotterdam, 4. Dez. (T.-U.) Von Niederländisch-Indien sind 800—1000 deutsche Zivilgefangene im vorigen Monat in See gegangen. Diese werden etwa Mitte Dezember in Rotterdam eintreffen.

Übernahme der Eisenbahnen durch das Reich.

München, 4. Dez. (T.-U.) Am Donnerstag sollen in Berlin neue Beratungen darüber gepflogen werden, ob die deutschen Eisenbahnen durch das Reich schon am 1. April 1920 übernommen werden.

Die Entente verlangt die Steuerträge Deutschlands.

Genf, 4. Dez. (T.-U.) Der Pariser „Temps" meldet, daß eine Note der Entente an Deutschland über die Steuergesetzgebung bevorstehe. Die Note spricht den Vorbehalt der Alliierten für alle Steuererträge aus, die auf Grund von deutschen Steuergesetzen eingehen, welche nach dem Abschluß des Versailler Friedens zustande gekommen sind.

Schweden gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen.

Stockholm, 4. Dez. (T.-U.) Obwohl die entgegenkommende Haltung Frankreichs in der Aalandsfrage der hiesigen Presse eine gewisse Zurückhaltung auferlegt, nehmen doch mehrere Blätter Stellung gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen durch Frankreich. „Aston-Bladet" geißelt Frankreichs Verhalten als einen Triumph der Grausamkeit. „Nieuwe Dagligt" mahnt Frankreich, endlich seine Pflicht gegen die Menschlichkeit zu erfüllen.

Die Werftarbeiter für die Akkordarbeit.

Berlin, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Nachdem auf der der Hamburg-Amerika-Linie nahestehenden Werft und der Werft von Blohm und Voß die Werftarbeiter die Akkordarbeit wieder aufgenommen haben, haben, wie wir hören, auch die Arbeiter der Hamburg-Amerika-Linie sich entschlossen, wieder im Akkord zu arbeiten.

Nunmehr haben sich die Belegschaften sämtlicher Hamburger Großwerften, mit erheblicher Mehrheit für die Wiedereinführung der Akkordarbeit entschieden. Auch auf der Kortenwerft in Lübeck ist die Akkordarbeit eingeführt worden.

Die Arbeitsaufnahme in Bitterfeld.

Bitterfeld, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Auf den Werken in Bitterfeld haben durchschnittlich 85 Prozent die Arbeit wieder aufgenommen. Heute nachmittag erfolgt die Abstimmung darüber, ob morgen die Arbeit wieder in vollem Umfange aufgenommen wird.

Wilson zur Friedensfrage.

Rotterdam, 4. Dez. (T.-U.) Aus Washington wird gemeldet: Präsident Wilson sandte an den amerikanischen Senat eine Botschaft, in der er empfiehlt, den Friedensvertrag getrennt vom Völkerbund zu besprechen.

Gegen einen französischen Pazifisten.

Darmstadt, 4. Dez. Als der Franzose Colin gestern abend hier einen Vortrag halten wollte über „Pazifismus", wurde er durch zahlreiche Besucher durch Zurufe, wie „Nieder!" usw., daran gehindert, so daß er vorzeitig abbrechen und das Lokal verlassen mußte. Nur durch starkes Schutzmannsaufgebot konnte die Ruhe aufrechterhalten und weitere Mißhelligkeiten verhütet werden.

Französische Absichten in München.

Wien, 4. Dez. Wie in hiesigen Ententekreisen verlautet, ist die Wiedererrichtung der französischen Gesandtschaft in München eine beschlossene Sache. Man bringt dies in Zusammenhang mit den französischen Bestrebungen zur Errichtung eines von Norddeutschland getrennten Mittel- und süddeutschen Staates.

Alkoholverbote für die Reichswehr.

Berlin, 4. Dez. Der Reichswehrminister hat eine Verfügung über den Mißbrauch des Alkohols in der Reichswehr erlassen. Als Mittel zur Bekämpfung werden in der Verfügung genannt: in erster Linie das Beispiel aller Vorgesetzten, dann das Verbot, an Reichswehrangehörige, die sich einem verantwortungsreichen Dienst unterziehen sollen, Alkohol zu verabreichen, und endlich das Verbot, den Bestrebungen zur Bekämpfung des Alkoholismus entgegenzutreten.

Besprechungen in Wien.

Wien, 4. Dez. (Korr.-Büro.) Heute vormittag hat die angekündigte Aussprache der Gesandten von Frankreich, England, den Vereinigten Staaten, Italien und zweier Vertreter Japans mit Vertretern der Staatsregierung stattgefunden.

Fortdauer des Generalstreiks in Rom.

Rom, 4. Dez. (T.-U.) Obwohl Nitta wegen der Mißhandlung mehrerer sozialistischer Abgeordneter durch die Polizei die Erklärung abgab, daß die Untersuchung eingeleitet sei, dauert der Generalstreik fort. Alle Läden sind geschlossen und der Verkehr ist eingestellt.

Wahlniederlage der Sozialdemokraten in Norwegen.

Kopenhagen, 4. Dez. (Priv.-Tel.) „Nationaltidende" meldet aus Christiania: Bei den gestern in allen Städten Norwegens vorgenommenen städtischen Wahlen haben die Sozialdemokraten eine schwere Niederlage erlitten. In der Stadtverordneten-Versammlung in Christiania gerieten die Sozialdemokraten in die Minderheit, sie haben im ganzen 33 Mandate verloren.

Die Entente verlangt die Auflösung der Sicherheitspolizei, der Zeitfreiwilligen und der Einwohnerwehren.

Dem deutschen Vertreter in Paris ist folgende Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 1. Dezember zugegangen:

Alle bis heute eingegangenen Nachrichten besagen übereinstimmend, daß die deutsche Regierung seit einiger Zeit die Entwickelung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet und verwirklicht. Außer der Reichswehr werden unter dem Namen

Sicherheitspolizei

stehende Streitkräfte geschaffen, die sämtlich Kennzeichen und den Wert ausgewählter militärischer Streitkräfte haben. Diese Streitkräfte werden von Stäben befehligt und verwaltet, die aus militärischem Personal zusammengesetzt sind. Diese Formationen haben sonach, obschon sie dem Ministerium des Innern unterstellt sind, einen Charakter, der ihrer angeblichen Bestimmung als Polizei widerspricht. Ihre Aufstellung verstößt gegen Artikel 162 des Vertrages. Außerdem besitzt Deutschland unter dem Namen

Zeitfreiwillige und Einwohnerwehr

Reserven, die Kontrollversammlungen und militärischen Übungen unterworfen und mit Waffen- und Munitionslagern versehen sind. Diese Organisationen stehen mit der Gesamtheit der militärischen Bestimmungen und namentlich mit Artikel 178 des Vertrages in Widerspruch. Die alliierten und assoziierten Regierungen machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß die dem Geist und dem Wortlaut des Vertrages zuwiderlaufenden Maßnahmen als eine Absicht der deutschen Regierung, den Vertrag nicht auszuführen, ausgelegt werden kann. Sie fordern infolgedessen die deutsche Regierung auf, die vorbezeichneten Maßnahmen unverzüglich aufzuheben, jedenfalls aber so, daß mit der Inkraftsetzung des Vertrages die sogenannten Polizeitruppen auf die im Vertrag vorgesehene Stärke herabgemindert werden, ohne ihren Charakter als Orts- und Gemeindepolizei entsprechende Verfassung erhalten und die Stäbe, die über die im Vertrage vorgesehene Zahl hinaus geschaffen sind, sowie die Reservorganisationen aufgelöst werden. — Genehmigen Sie usw. . . . .

Zu der Notiz bemerkt das W. T. B.: Es ist nicht zutreffend, daß die deutsche Regierung eine Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet. Im Gegenteil ist die Verminderung der Heeresstärke auf das im Artikel 163 des Friedensvertrages zunächst vorgesehene Maß von 200 000 Mann, wie allgemein bekannt, in vollem Gange. Daß die Zentralpolizeibehörden der einzelnen Länder sich im Laufe des Jahres angesichts der bedrohlichen inneren Verhältnisse genötigt gesehen haben, durch Einführung von Sicherheitspolizei, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen besondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen, ist nicht nur ständig Gegenstand der öffentlichen Erörterung, sondern auch der Entente bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden. Zu der von deutscher Seite angeregten Besprechung der Einzelfragen ist es bisher zum Bedauern der deutschen Regierung nicht gekommen. Die Frage, inwieweit die getroffenen Einrichtungen mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehen, was nach deutscher Auffassung nicht der Fall ist, wird jedenfalls nach Einsetzung der Friedensvertrag vorgesehenen Kontrollkommission gemäß den Vorschriften des Vertrages klarzustellen sein. Es wäre nur erwünscht, wenn die Besprechungen darüber schon frühzeitig stattfinden.

Eine Note der Entente in der Scapa Flow-Angelegenheit.

Basel, 4. Dez. Der Oberste Rat wird heute der deutschen Regierung eine Note übermitteln in bezug auf die Verantwortlichkeit für die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow. Man glaubt, daß die Note keinerlei Konzessionen enthalte und namentlich auf der Herausgabe der 400 000 Tonnen Schiffsraum bestehe.

Die Ausplünderungskommission.

„Daily Herald" meldet, daß die Ententekommission zur Kontrolle der deutschen Finanz- und Steuerwirtschaft zurzeit in Paris zusammengestellt wird. „Westminster Gazette" meldet, daß in Zukunft die Entente auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages den Vorrang bei der Erfassung aller neuen Steuererträgnisse Deutschlands für sich in Anspruch nehmen würde.

Eine Note der Entente über Eupen und Malmedy.

Aus Berlin wird berichtet: Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles ist am 12. November eine Note zugegangen, deren Veröffentlichung sich verzögerte, weil der Text zunächst verstümmelt hierher übermittelt war. Darin heißt es u. a. über die Auffassung der Alliierten von Artikel 34 des Versailler Vertrages: Es ist nicht die Absicht der a. und a. Mächte gewesen, in Eupen und Malmedy eine Volksabstimmung zu veranstalten entsprechend denen, die für Oberschlesien oder für Schleswig vorgesehen sind, sondern den Bewohnern der in Frage kommenden Kreise, die etwa den Wunsch haben sollten, daß ihr Heimatgebiet unter deutscher Herrschaft verbleibe, zu gestatten, ihrem Wunsche freien Ausdruck zu geben.

Hierzu ist zu bemerken: Zu der Note der deutschen Regierung war ausdrücklich auf die mannigfachen Lücken und Unklarheiten des im Artikel 34 des Friedensvertrages vorgesehenen Abstimmungsverfahrens hingewiesen worden. Aber so sehr alle diese Mängel am Tage liegen, die a. und a. Regierungen begnügen sich mit der Bemerkung, daß die Lösung dieser Fragen Sache der Besitzer sei. Die sehr eingehenden deutschen Klagen über den Terrorismus, der von den Besitzern in den Kreisen Eupen und Malmedy geübt wird, übergehen sie mit Stillschweigen, obwohl sie einst versichert haben, bei der Abstimmung in den beiden Kreisen werde alles frei und unbeeinflußt vonstatten gehen. Nur auf einen Punkt geht die Antwortnote näher ein. Die Alliierten hatten im Juli erklärt, die Abstimmung werde unter Leitung des Völkerbundes stattfinden. In der deutschen Note vom 3. Oktober waren sie hieran erinnert worden, jetzt erklären sie, daß der Völkerbund erst nach der Abstimmung, deren Durchführung ganz und gar den Belgiern überlassen bleiben soll, in Aktion treten werde.

Es sind noch Kriegsgefangene in England.

Berlin, 4. Dez. Es bestätigt sich, daß auch zwei Kriegsgefangenenlager in England noch nicht geräumt sind, obwohl dort weder Flieger noch Bombenwerfer untergebracht sind. Die deutsche Regierung hat daher an die englische eine Anfrage gerichtet, aus welchen Gründen die Heimsendung der Gefangenen verzögert ist, doch ist eine Antwort darauf noch nicht eingegangen.

Veröffentlichung der Deutschen Dokumente über den Kriegsausbruch.

Berlin, 4. Dez. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, werden die deutschen Dokumente über den Kriegsausbruch am 10. Dezember erscheinen.

Französische Kolonialsoldaten als Mädchenmörder im Saargebiet.

Berlin, 4. Dez. Von einem aus dem besetzten Gebiet zurückgekehrten Angehörigen der Reichswehr wird den „P. P. N." mitgeteilt: In Saarbrücken wurden beim Verkauf eines Dunghaufens an der sogenannten Josefrelaierne, wo französische Kolonialtruppen unter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191205-18/fragment/page=0007